

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Montag, den 27. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Abwirtschaffung.

Seit Monaten hat die sozialdemokratische Presse darauf aufmerksam gemacht, daß eine industrielle und gewerbliche Krise im Anzuge sei und daß mitten im Winter die arbeitende Bevölkerung von der schrecklichen Geißel der Arbeitslosigkeit heimgesucht werden würde. Man hat auch nicht verfehlt, zu betonen, daß in einer solchen Periode die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch die Zölle ganz besonders empfindlich wirken müsse. Alle diese Befürchtungen sind eingetroffen und teilweise übertroffen; in allen großen Städten häuft und drängt sich die Masse der Arbeitslosen. Tausende und Abertausende von Volksgenossen müssen hungern und frieren und ihre fleißigen Hände müßig bleiben, während sie doch so gern arbeiten würden, wenn es auch nur um jene Löhne wäre, die ihnen nur eine Unterernährung gestatten.

In jedem einigermaßen zweckmäßig geordneten Gemeinwesen müßte man darauf bedacht sein, wenn man eine solche Krise herannahen sieht, Maßregeln zur Abhilfe zu treffen. Aber wir leben in einem Klassenstaat und den in ihm herrschenden Schichten fällt derartiges gar nicht ein. Ihre Schriftgelehrten begnügen sich mit der trockenen Erklärung, gegen solche Kalamitäten sei „nichts zu machen“, und der einzige Trost, den sie gewähren können, lautet dahin, daß wirtschaftliche Krisen und Geschäftsstockungen nur „vorübergehende Erscheinungen“ seien. Die Parlamente beschäftigen sich mit diesen Dingen nur, wenn sie von der Sozialdemokratie in dem eifrigsten Betrieb ihrer unbarmherzigen egoistischen Interessenpolitik gekört werden. Während Tausende und Abertausende von fleißigen Volksgenossen hungern und frieren, beschäftigt sich die Mehrheit des Reichstages damit, wie sie den Junkern und Großgrundbesitzern neue Liebesgaben zuschanzen kann; zugleich brütet man über neuen Steuern, mit denen man wieder nicht die Wohlhabenden, sondern hauptsächlich die von der wirtschaftlichen Krise am schwersten betroffene arbeitende Bevölkerung belasten will. Die Vermehrung von Heer und Flotte dünkt den herrschenden Klassen unendlich wichtiger, als die Sorge um die Arbeitslosen. Wie das eingefleischte Pfahlbürgertum über solche wirtschaftliche Krisen und die damit verbundenen Erscheinungen denkt, konnte man dieser Tage aus den Verhandlungen des Frankfurter Stadtparlamentes ersehen, wo ein Angehöriger dieser ehrenwerten Klasse sagte, die Arbeitslosigkeit käme im wesentlichen von der — Arbeitscheu!

Der Klassenstaat versagt hier vollkommen und nur die von den klassenbewußten Arbeitern geschaffenen Organisationen können, soweit eben ihre Mittel reichen, zur Linderung der grimmigsten Not beitragen. Wenn bei unseren herrschenden Klassen die Scham nicht längst zu den Hundsnasen gesehnen wäre, so könnten sie aus dem Erötzen jetzt gar nicht mehr herauskommen, wenn sie die Leistungen der von ihnen tagtäglich so verlästerten Arbeiterorganisationen sehen. Die bürgerliche Presse betreibt im Auftrage des Großkapitalismus seit Jahren eine niederträchtige Hege gegen die freien Gewerkschaften, die sie nebst den Konsumvereinen als rein sozialdemokratische Verbindungen der Aufmerksamkeit der Polizei zu empfehlen pflegen. Die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen werden als schlechte Menschen hingestellt, deren einziger Zweck ist, von den in den Gewerkschaftskassen angesammelten Arbeitergroschen möglichst viel einzusacken. Jahr für Jahr werden von der Kapitalistenklasse neue Attentate auf das Koalitionsrecht erdacht und organisiert. Um die Arbeiterbewegung zu zerplittern, werden „gelbe“ und andere, im Dienste der herrschenden Klassen befindliche Organisationen denen der klassenbewußten Arbeiter entgegengestellt. Massenversammlungen werden veranstaltet und umfangreiche Fonds geschaffen, um diese Organisationen zu sprengen. Während des Sozialistengesetzes sorgte die Kapitalistenklasse dafür, daß alle die Organisationen von der Polizei hinweggefegt wurden, die von den klassenbewußten Arbeitern geschaffen worden waren, um der aus der Arbeitslosigkeit entspringenden Not und dem Bettel zu steuern. Nachdem diese traurige Epoche überwunden, sind diese Organisationen neu entstanden und haben einen gewaltigen Umfang erreicht. Sie sind ein wohlthätiger Rückhalt, den die Arbeiter in der Zeit der Not haben. Aber auch in dieser Zeit stellt die bürgerliche Presse ihre schamlose Hege gegen die Gewerkschaften nicht ein.

Die Sozialdemokratie hat in den Versammlungen, die sie für die Arbeitslosen im Verein mit der Leitung der Gewerkschaften veranstaltete, den Finger in die Klassenwunde gelegt. Sie weiß, daß der Klassenstaat die wirtschaftlichen Krisen nicht verhindern kann, ohne seine eigenen Grundlagen aufzuheben, und deshalb hat sie Not-

standsarbeiten resp. die sofortige Inangriffnahme aller geplanten Bauten etc. vom Staat und von den Gemeinden verlangt. Dies Hilfsmittel ist unzureichend, aber es ist das nächste, was erreicht werden kann, um der allgemeinen Not auch nur einigermaßen zu steuern. Was der Staat und die Gemeinden tun werden, nun, das werden wir ja sehen.

Während die profitwütige Bourgeoisie sich abmüht, den Gewerkschaften am Zeuge zu flicken, sitzen die Junker im Rohr und schneiden sich Pfaffen. Sie schröpfen das Volk mit den hohen Lebensmittelpreisen. In einer schwindelnden Höhe sind die Summen gestiegen, die sie aus dem Elend des Volkes schöpfen. Wie oft reben diese Menschen vom christlich-germanischen Staate!

Wäre dieser Staat von heute wirklich von christlich-germanischem Geiste durchdrungen, so müßte er in dieser Zeit die Lebensmittelpreise so niedrig als möglich aufheben, welche die Not der arbeitslosen Massen aufs äußerste steigern.

Wir erwarten vom Christentum, auch in seiner ursprünglichen Form, nicht die Befreiung der Menschheit; immerhin sind einige Forderungen derselben an das Mitgefühl für die notleidenden Brüder gerichtet. Aber so viele fromme Augenverdrehen unter den Junkern auch sein mögen — von dem Buchergewinn, den ihnen die Zölle auf ihre landwirtschaftlichen Produkte einbringen, wollen sie keinen Pfennig ablassen. Die „Zeit der Ernte“ ist ja für sie, wie ihre Presse frohlockend angekündigt, gekommen; jetzt langt es ihnen wieder zu Sekt, Spiel und Sport und kleinen Balletteufen; jetzt kann man den Söhnen, wenn sie in der Armee dienen, die „standesgemäßen“ Ausgaben ermöglichen und kann den Töchtern, wenn sie unter die Haube kommen, eine „standesgemäße“ Aussteuer und Mitgift geben. Ja, da soll einer kommen und christliche Nächstenliebe predigen! Die Augen werden sie zwar verdrehen — das kostet nichts —; aber wer an die Zölle rühren will, der ist — kein „deutscher Patriot“!

Die Krisen werden, solange der Kapitalismus das Wirtschaftsleben der Nationen beherrscht, sich immer wiederholen. Das ist der Abwirtschaffungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft, die unfähig ist, einen Schutz gegen solche Wirtschaftskatastrophen zu gewähren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Situation ist zwar nicht leicht, aber er bleibt vorläufig.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow ist vom Berliner Korrespondenten des „Petit Parisien“ im Reichstag befragt worden, ob das Gerücht über seine Demission zutreffend sei. Bülow antwortete, daß ihm bisher sowohl die Gelegenheit wie die Lust zum Einreichen eines Abschiedsgesuches gefehlt hätten; die jetzige politische Situation sei zwar nicht leicht, biete aber keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen. — Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen. . .

Kapitalismus und Christentum.

Längst ist das Christentum seiner wahren Aufgabe, die Religion der Armen zu sein, entfremdet und zu einem Machtmittel des Kapitalismus geworden. Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben, damit es in demütiger Bescheidenheit gehorham und zufrieden hinnimmt, was die Herrschenden ihm zu geben für gut befinden. In einer Besprechung des Urteils im Kölner Peters-Prozess nimmt nun die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ Anlaß, das Maß der Religionswissenschaft genau abzugrenzen, die im kapitalistischen Interesse den Ausgebeuteten gut und nützlich ist. Das Blatt behauptet: „Von Neu-Guinea, aus Togo und Kamerun berichten Vertreter des Reiches und beste Kenner der tropischen Gebiete, daß die Frechheit und Widersehllichkeit der Farbigen durch die Aufklärung der Missionare unmittelbar befördert worden ist.“ Und fährt dann fort, um die Gefährlichkeit der Aufklärung durch die Missionare nachzuweisen:

Es wird ihnen gepredigt: alle Menschen sind gleich; nur eins ist not: Christ zu werden. Diese naiven Naturkinder streifen daraufhin ein oberflächliches Wortchristentum wie ein buntes Kleid über ihre Blöße und glauben nun, dem deutschen Herrn ebenbürtig zu sein. Besonders auch ihr Arbeitsstimm wird dadurch oft wesentlich beeinträchtigt; lieber läßt man die sanften Worte des lehrenden Missionars halbischlafend über sich ergehen, als die Stimme des Farmers und Regierungsbeamten, die zum Tagwerk ruft. Dadurch hat sich vielfach eine störende Nebenregierung der Missionen neben unseren Gouverneuren und Bezirkskommissaren herausgebildet. Demgegenüber ist mit allem Nachdruck zu betonen, daß unser

Interesse in den Kolonien zunächst wirtschaftlicher Natur ist, daß sich die Missionstätigkeit unterzuordnen hat den Gesamtinteressen des Vaterlandes. (Dies: Kapitalismus. Die Red.) Das läßt sich sehr wohl vereinigen, wenn die Missionare und ihre Schützlinge nachdrücklicher auf das Bibelwort hinweisen wollten: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! Daß sie auch mit dieser Begrenzung außerordentlich viel Gutes wirken können und stets gewirkt haben, muß natürlich ohne weiteres zugegeben werden. Zur Erziehung der Eingeborenen sind sie unbedingt notwendig, aber sie dürfen niemals vergessen, daß der Staat kolonisiert und daß sie nur ein Faktor in der Kolonisation sind.

So lange das Christentum den Eingeborenen gepredigt wird, um diesen Demut und Ergebenheit gegenüber den kapitalistischen Deutepolitikern zu lehren und sie zu genügsamen und willigen Arbeitstieren abzurichten, entspricht die Missionstätigkeit den Interessen des Kapitalismus, ist darum gut und nützlich. Sobald sie aber den Schwarzen den wahren Ideengehalt des Christentums lehrt und so auch in des Farbigen Brust ein Gefühl für Menschenwürde weckt dann befördert sie „Freiheit“ und „Widersehllichkeit“ und darum fort mit ihr.

Der Wurf ins Block

ist nicht mehr wegzuleugnen, so stellt die „Berliner Volkszeitung“ fest.

Nur dadurch, daß die unentwegten Blockfreisinnigen unter Führung einiger freisinnig-volksparteilichen ordensgeschmückten „Staatsmänner“ neuesten Stils im Schweiß ihres Angesichts die Fassdauben zusammenbrücken, damit die Blockschmiere nicht auseinanderläuft, wird noch mit Not und Mühe der Anschein aufrecht erhalten, als ob der Block nicht dem Ritt ebenbürtig ist, der in gewissen Schaubunden zum Verkauf gestellt wird. Das Geschäft kostet aber nicht bloß Schweiß, sondern auch eine andauernde Verleugnung freisinniger Grundsätze.

Unterdes mehren sich die Stimmen im Lande, aus denen hervorgeht, daß wirklich freisinnige Wähler den Blockumpf bis oben heran satt haben. Uneinbringlich ist dabei leider der Verlust, den gerade die freisinnige Volkspartei an Ansehen und Vertrauen in den weitesten Kreisen erleidet. Die Segnungen des Ordensfestes, die auf die wütigsten Blockanhänger der freisinnigen Volkspartei niedergelassen sind, sind nun einmal kein Äquivalent für die täglich größer werdende Einbuße der Freisinnigen Volkspartei beim Volke. Eine Fraktion, die solche Ohrfeigen ruhig einsteckt, wie sie ihr am 10. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus durch ihren Östner nicht einmal patriarchalisch wohlwollend, sondern brüsk provokatorisch verabfolgt worden sind, eine solche Fraktion unterschätzt die Würde der Wähler, wenn sie glaubt, daß diese nicht von einem brennenden Gefühl der Scham ob dieser Behandlung erfüllt wären.

Niemals hat ein gleich reaktionärer leitender Staatsmann eine gleich devote Schutztruppe aus einem dem Programm nach politisch entgegengesetzten Lager um sich gesehen.

So zu lesen in einem bürgerlich-demokratischen Blatt. Ihr sogenannten Liberalen, wie wird Euch?

Die Nationalsozialen gegen Naumann!

Die Ortsgruppe Erlangen des nationalsozialen Vereins faßte eine Resolution, in der die schwächliche Haltung der freisinnigen Vereinigung im Reichstage tief bedauert und erwartet wird, daß sich die Fraktion unverzüglich von der sie schwer kompromittierenden Blockpolitik lossage. Die Fraktion soll unverzüglich einen außerordentlichen Delegiertentag einberufen, damit die Fraktion die Stimmung der Organisationen im Reiche kennen lernt, mit denen sie im Zeichen des Blocks anscheinend völlig die Fühlung verloren hat. Beantragt wurde die sofortige Einberufung eines nationalsozialen Delegiertentages, auf dem zur Haltung Naumanns Stellung genommen werden soll.

Da hat Naumann gleich eine Quittung für seine schmähliche Haltung bei der Besprechung der Wahlrechtsinterpellation im Reichstage, wo er mit Wiemer, Kopisch und Fischbeck zu denen gehörte, die sich gegen die Fortsetzung der Besprechung am nächsten Tage erklärten.

Die Ostsee ein geschlossenes Meer?

Aus allen Hauptstädten Europas kommen gegenwärtig Gerüchte über diplomatische Unterhandlungen, die die internationale Lage der Ostsee betreffen. Es heißt, die deutsche und russische Regierung sind jetzt im Begriffe, diese Frage zu beantworten. Ist die Ostsee als eine geschlossene oder offene See zu betrachten?

Die Ostsee ist in Friedenszeiten offen; jede Nation kann dort Schifffahrt betreiben. Wie steht es aber in Kriegszeiten? Haben kriegsführende Nationen ein Recht,

Ihre Kriegsschiffe dorthin zu senden? Darüber existieren viele Verträge einzelner Mächte, die meistens die Frage dahin beantworten, daß die Ostsee ein „mare clausum“, d. h. ein geschlossenes Meer ist, wohin also Kriegsschiffe nicht gefahrt werden dürfen. Aber es gibt kein allgemeines Abkommen aller interessierten Mächte für diese Erklärung.

Es ist einleuchtend, daß es im Interesse Deutschlands liegt, die Ostsee für ein geschlossenes Meer zu erklären. Man dürfte sich noch der Aufregung in Deutschland erinnern, als vor einigen Jahren ein englisches Geschwader in der Ostsee zu Wanderverzwecken erschien. Die Bedeutung dieser Aufregung war die: im Falle eines englisch-russischen Bündnisses gegen Deutschland könnte eine russische Armee Ostpreußen angreifen und eine englische Flotte, gleichzeitig gegen Königsberg und Danzig operieren und auf diese Weise den ganzen vorgeschobenen Landstrich von Memel bis Thorn für die Preußen unhaltbar machen. Ist aber die Ostsee durch ein internationales Abkommen ein „mare clausum“, so hört die Gefahr eines Seeangriffs für die ganze preussische Ostseeküste auf.

Nun kommen aber die kleinen germanischen Staaten, wie Dänemark, Schweden und Norwegen in Betracht, die sich nur dann mit einer geschlossenen Ostsee zufrieden geben können, wenn ihnen gleichzeitig ihre Integrität und Unabhängigkeit international garantiert werden. Denn sonst fallen sie ganz unter deutsch-russischen Einfluß. Schließlich muß England berücksichtigt werden, das sich seinen Kriegsschauplatz und seine Seesoperationen nicht beschränken lassen kann. England ist selbstredend gegen die Theorie einer geschlossenen Ostsee.

Ein „intimes Diner“.

Die „Hamburger Nachrichten“ erzählen, daß Mittwoch abend, also am Abend nach der Wahlrechtsdebatte beim Fürsten Bülow ein intimes Diner stattfand. Sie schildern dieses Diner als eine rein gesellschaftliche Veranstaltung, bei der die Führer der Blockparteien und der leitende Staatsmann sich persönlich näher trafen. „Der Präsident des Reichstages, Graf Stolberg, entpuppte sich“, so heißt es, „bei dieser Gelegenheit als reizender Plauderer, der Bismarck- und Eulenburg-Erinnerungen zum besten gab. Das Gespräch kam u. a. auf die letzten Ereignisse in Berlin, wobei Fürst Bülow aus seinen Erlebnissen in Frankreich allerlei berichtete was darauf hinweist, daß unsere westlichen Nachbarn gegen Demonstrationen auf der Straße viel weniger milde verfahren als wir. Namentlich aus der Geschichte der ersten hiesiger Jahre führte der Kanzler die Ereignisse unter Thiers und Gallifet an. Der Abend vereinigte die Geladenen, unter denen wir noch den Grafen Schwerin-Löwig, Graf Oriola, Dr. Arendt, Liebermann von Sonnenberg, Direktor Schrader und Dr. Wiemer nennen, von acht Uhr abends ab bis gegen Mitternacht in lebhafter Unterhaltung. Er hat entschieden dazu beigetragen, daß die persönliche Fühlung zwischen den Abgeordneten der Blockparteien und dem Reichskanzler wärmer geworden ist.“

Das ist der Protest der Freisinnigen gegen Bülow, dessen elende Politik sie angeblich bekämpfen wollen; man lacht ihn arm zu essen und zu trinken! Übrigens vertrat Bülows Äußerungen über die Pariser Straßendemonstrationen keine sehr genaue Kenntnis der französischen Zustände. Straßendemonstrationen werden, wie das „Berl. Tageblatt“ ausdrücklich feststellt, in Frankreich seit langen Jahren gestattet, selbst die Mitführung von Fahnen und Abzeichen ist erlaubt, und nur dann, wenn die Umzüge zu tumultartigen Szenen führen, schreitet die Polizei ein.

Troßlos!

Der Jammer des Herrn v. Stengel über das graue Reichsfinanzland läßt nicht ab. Die „Hamb. Nachr.“ bringen eine Mitteilung über eine Privatbesprechung des Staatssekretärs Freiherrn v. Stengel und des preussischen Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben mit mehreren Abgeordneten der Blockparteien:

Der Reichsfinanzsekretär gab eine troßlose Übersicht unserer Finanzlage und regte den Gedanken an, unter anderem die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten auf den Kopf von 40 Pfennig auf 80 Pfennig zu erhöhen. Für Preußen gab Finanzminister Freiherr von Rheinbaben die Zustimmung, obwohl er noch nicht wisse, durch welche Steuererhöhung diese erhöhten Matrikularbeiträge eingedeckt werden könnten. Andere Vorschläge bezogen sich auf die Erbschaftsteuer, die die Einzelstaaten zum größten Teile dem Reiche abtreten sollten. Das Reich soll auch in den Fällen Intestaterbe werden, wo kein Testament vorliegt und nahe Verwandte des Erblassers nicht vorhanden sind. Die Besprechung war unerbittlich, doch wurden die Grundlagen für eine neue beratende Konferenz zwischen den beiden Ministern und den Abgeordneten, in der endgültige Vorschläge gemacht werden sollen, vereinbart.

Auch die „Frankf. Ztg.“ bestätigt, daß dieser Tage eine Besprechung des Reichsfinanzsekretärs und des preussischen Finanzministers mit Mitgliedern der Blockparteien der Rechten und der Linken über die Reichsfinanzreform stattgefunden hat. Da die ganze Besprechung vertraulich war und zu Beschlüssen nicht geführt hat, so ist auch das, was über ihren Inhalt in der Presse mitgeteilt wird, unvollständig und nicht genau kontrollierbar. Richtig ist jedenfalls, daß man von der nicht neuen Idee der Ausdehnung der Maximalgrenze für Matrikularbeiträge und vom Ausbau der Erbschaftsteuer gesprochen hat, als eine von den Grundlagen, auf denen eine Reichsfinanzreform, die mit der Blockmehrheit gemacht werden soll, beruhen muß.

Die ganze Hilflosigkeit, das vollständige Versagen der Reichsfinanzverwaltung mit ihrem System der indirekten Steuern klopft jetzt vor der erdrückenden Biermilliarden- und Jammerlich zusammen. Will man sich nicht endlich zu einem gesunden System anfragen??

Bülows Sanftgang.

Spät kommt es, doch es kommt — das Dementi nämlich. Die Wiener „Zeit“ hatte aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung erhalten, daß Fürst Bülow bei dem Zentrumsabgeordneten Fehr v. Hertling habe anfragen lassen, welche Vorschläge das Zentrum zu machen in der Lage sei, und daß er von Hertling eine ebenso höfliche als entschiedene Ablehnung erhalten habe. Die deutsche bürgerliche Presse, mit Aus-

nahme eines Teils der ultramontanen, nahm von dieser Enthüllung des Wiener Blattes keine Notiz. Offenbar war die Verblüffung zu groß, als daß die „Aber-raskungen“ doch wahrhaftig gewöhnliche sofort sich mit dieser alles bisherige weit in den Schatten stellenden Tatsache hätte abfinden können. Nun aber, fast eine Woche nach der Enthüllung der „Zeit“, scheint man in Berlin doch das Bedürfnis empfunden zu haben, das übliche Dementi loszulassen. Merkwürdigerweise bedient man sich dazu nicht der „Nordd. Allg. Ztg.“, sondern der süddeutschen Presse. Eine in verschiedenen badiischen Blättern veröffentlichte gleichlautende B-Korrespondenz erklärt nämlich nach Mitteilungen von selbstverständlich „un-terrichteter Seite“ die ganze Nachricht des Wiener Blattes für eine Erfindung. Fehr v. Hertling sei vom Reichskanzler in keiner Weise nach Steuervorschlägen des Zentrums gefragt worden. — Was von derartigen offiziellen Dementis zu halten ist, hat man im Laufe der letzten Jahre oft genug erfahren. Dieses Dementi wird nicht glaubwürdiger dadurch, daß es auf dem kleinen Umweg über Süddeutschland in die Welt geschickt wurde.

Die Dernburg-Bahnen.

Über die kolonialen Eisenbahnprojekte Dernburgs teilt die „Kreuzzeitung“ mit:

„Obgleich man in der Denkschrift über die Eisenbahnen Afrikas, die das Kolonialamt hat aufstellen lassen, die Eisenbahnen, die mit der Zeit für unsere Schutzgebiete notwendig sind, im allgemeinen so zusammengefaßt hat, daß man das Anlagekapital nach den bisherigen Erfahrungen auf nahezu 400 Millionen Mark berechnen kann, so werden doch für jetzt „nur“ 150 Millionen Mark verlangt. Diese Summe verteilt sich auf eine Zeit von ungefähr 12 Jahren. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes soll zunächst nur in Ostafrika erfolgen, und zwar ist die Fortsetzung der angefangenen Linien bestimmt in Aussicht genommen. Die Zentralbahn wird weiter von Mrogoro nach Labora ausgebaut und die Usambarabahn wird weiter nach dem Kilimandscharo ausgedehnt mit der ausgesprochenen Absicht, sie nach einigen Jahren bis zum Viktoriassee zu bauen. Ganz außer Betracht bleibt, wie der Staatssekretär ausdrücklich hervorzuheben hat, die Südbahn, da sie nicht in den Rahmen der jetzigen allgemeinen Grundzüge des Kolonialbahnbaues paßt.“

Sicher hat man die Absicht gehabt, gegen 400 Millionen für Dernburg-Bahnen zu fordern. Die Herabsetzung der Forderung auf „nur“ 150 Millionen zeigt, daß man auf den kolonialen Bewilligungseifer der im Aufstellungsprozeß begriffenen Blockbrüder nicht mehr so sehr große Hoffnungen setzt. Die Zeiten wandeln sich...

Liberalen gegen die Blockpolitik.

In Köln fand im Kristallpalast eine von der „Freisinnigen Vereinigung“ einberufene überfüllte Volksversammlung statt, in der der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei für Rheinland und Westfalen, Rechtsanwalt Fr. Kohn aus Dortmund über die Wahlrechtsfrage redete. Der Redner erklärte, daß er die Blockpolitik von Anfang an bekämpft habe. Wie jetzt jeder sehe, habe sie dem Volke nicht das mindeste, nur einer Anzahl linksliberaler Abgeordneter je einen Orden gebracht zum Dank dafür, daß sie als freisinnige Leute geholfen hätten — konservative Politik zu machen. Die Behandlung des freisinnigen Wahlrechtsantrages durch Bülow nannte Rechtsanwalt Kohn eine Ohrfeige für die linksliberalen Angehörigen des Blocks. Bezüglich der sozialdemokratischen Straßendemonstrationen erklärte der Redner: Die Leute, die sich über die Straßendemonstrationen entrüsteten, sollten erst mal sorgen, daß die Sozialdemokraten einen anderen Weg hätten, um ihre Stimme zur Geltung zu bringen! Die Sozialdemokratie habe trotz der öffentlichen Wahl 18 Prozent der Stimmen bei der vorigen Landtagswahl gehabt; demnach hätten ihr gerechterweise 79 oder 80 Landtagsitze zugefallen. In Wirklichkeit habe die große Partei nicht einen einzigen Sitz. Man brauche kein Sozialdemokrat zu sein, um zu sagen, daß dieser Zustand über alle Maßen rechtswidrig sei. Wer dem Volke den Eintritt ins Parlament verweigere, dränge es auf die Straße.

Der Leiter der Versammlung, der Sozialliberale Dr. Pöhlisch, redete einem Bunde aller Freiheitlichen, aller Linksliberalen mit der Sozialdemokratie zur Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen das Wort. — Parteisekretär Genosse Bernhard Müller antwortete, daß der Sozialdemokratie jede ehrliche Kampfgemeinschaft in der Wahlrechtsbewegung willkommen sei.

Im Sinne des Hauptredners äußerten sich noch eine ganze Reihe bürgerlicher Redner. Genosse G. Fröhlich redete den Liberalen ins Gewissen, daß sie den Worten auch die Tat folgen sollten. Das preussische Volk verdiene die Beachtung der gesamten Kulturwelt, wenn es noch länger das schmachvolle Wahlsystem dulde.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die in der von Bülow abgegebenen Erklärung vom 10. Januar nichts erblickt als „eine Ablehnung jeder gerechten Wahlreform; sie erwartet von den Abgeordneten der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft des Abgeordnetenhanfes und des Reichstages, daß sie dem Fürsten Bülow nicht mehr Vertrauen entgegenbringen als er verdient, nämlich gar keins; sie fordert alle freisinnig gesinnten Männer auf, zur Erlangung des Wahlrechts für Preußen fest und rückhaltlos zusammenzutreten“.

Italien.

Eine Märtyrerin für die Sache des Prletariats. Vor kurzem wurde die Revolutionärin Maria Ruggier von dem Mailänder Gericht zu 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie soll sich der Aufreizung, Gewalttätigkeiten, Gefangenenerrettung usw. schuldig gemacht haben. Maria Ruggier ist die Tochter eines polnischen Künstlers und einer Italienerin. Sie hat in Warschau eine ausgezeichnete Erziehung genossen, machte dann wegen ihres Gesundheitszustandes nach Italien (wo auch ihre Eltern leben), wo sie sich der syndikalistischen Bewegung

anschloß. Ihre glänzende Begabung führte sie bald an die Spitze der Bewegung, sie wurde Redaktrice des „Cotta di Classe“ (Klassenkampf).

Portugal.

Nach russischem Muster. Madrider Zeitungen erhielten von der portugiesischen Grenze aufregende Meldungen aus Portugal, wo die Zensur auf das strengste gehandhabt werde. 300 Republikaner seien in Lissabon eingekerkert und die Wohnungen der Abgeordneten Almeida und Braga durch die Polizei blockiert. Die Municipalgarde patrouilliere durch die Straßen Lissabons. Die Börse sei seit zwei Tagen geschlossen. Das Artillerie-Regiment Nr. 1 und das Infanterie-Regiment Nr. 16 seien entwaffnet worden, weil sie die Absicht gehabt hätten, den König und Franco gefangen zu nehmen. Die Progressisten und Konservativen hätten sich vom Wahlkampf zurückgezogen, sodaß die Regierung allein den Republikanern gegenüberstehe.

England.

Polizei und Arbeitslose. Zurzeit befindet sich wieder ein großer Zug Arbeitsloser auf dem Marsche von Manchester nach London. Sie unternehmen also einen Demonstrationenzug durch große Teile des Landes, der viele Tage dauert. Unterwegs schließen sich weitere Truppen an. Sufit zu derselben Zeit, als die Berliner Polizei den Arbeitslosen die Schlacht am Schiffbauerdamm lieferte, zogen die englischen Arbeitslosen in Hantley ein. Für ihren Empfang hatten Vorbereitungen nicht getroffen werden können. Sie hielten auf dem Markte eine Versammlung ab, erhielten dann in einigen öffentlichen Gebäuden Unterkunft und Essen. Die Polizei war es, die sich nicht bloß um diese Dinge bemühte, sondern vielen der Arbeitslosen auch noch Schuhwerk besorgte. — Was sagt Billow hierzu? Er hat das mit Säbelhieben billiger!

Amerika.

Die Revolution auf Haiti. Der Führer der Revolution, Jean Jumeau, ist in Dessalines in der Nähe von Gonaives gefangen genommen und sofort von den Regierungstruppen erschossen worden. Diese haben Gonaives stark besetzt.

Konflikt zwischen Parlament und Regierung in Argentinien. Die Regierung hat, da sie auf Obstruktion im Parlament stößt, alle Vorlagen zurückgezogen und die Sitzungen geschlossen. Die Kammer beabsichtigt trotzdem, wie bestimmt verlautet, am Montag wieder zusammenzutreten. In diesem Fall dürfte die Regierung den Belagerungszustand verhängen. Die Truppen werden bereit gehalten; die Stadt ist ruhig. Börse und Handelschaft haben dem Präsidenten durch eine Delegation ihre Glückwünsche aussprechen lassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 27. Januar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Ehrenriede ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Gredesmüller Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Die Geschäftspatrioten suchen sich aus Anlaß des Geburtstages Wilhelms II. wieder — wie gewöhnlich — gegenseitig im widerwärtigsten byzantinischen Wettrennen Konkurrenz zu machen. Besonders in der Verdummungsreise. Die hiesige Anstaltenplantage, die sich in verlogener Weise als unparteiisch oder „unabhängig“ hinzustellen versucht, die jedoch in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Organ zur Verblödung seiner Leser und zur Wahrung der Interessen der Kapitalisten, bringt natürlich auch einen entsprechenden Artikel, der nebenbei auch einige einfältige Anwürfe gegen unsere Partei enthält. Es wird dort von der Sozialdemokratie als von einer „Gruppe, deren Ziel die Zerstörung und der Umsturz ist“, gesprochen. Fürwahr, der Artikelfabrikant besitzt eine so tiefe Kenntnis vom Wesen der Sozialdemokratie, daß selbst die beschränktesten „General-Anzeiger“-Leser darüber ertönen müssen. Und doch soll es noch immer organisierte Arbeiter geben, die das Blatt halten!

Jahresbericht des Zentralverbandes der Köpfer, Filiale Lübeck, für 1907. Der Durchschnitt der Mitgliederzahl betrug 87. Ausgetreten sind 3 Mitglieder, ausgeschlossen 1, gestorben 1, angemeldet 10, abgemeldet 9, eingetretene 7 Mitglieder. Versammlungen fanden im ganzen 27 statt, davon 5 Extraversammlungen; Vorstandssitzungen wurden 84 abgehalten, Sitzungen mit den Unternehmern 2. In Briefen, Postkarten, Drucksachen sind eingegangen 154, ausgegangen 128. An Arbeitslosen- und Krankenmarken wurden 101 verabsolgt. Die ganze Einnahme der Zentralkasse einschließlich 86,60 Mk. Extrabeiträgen betrug 1177,56 Mk. Die Ausgabe setzt sich wie folgt zusammen: an die Hauptkasse eingeliefert 508,95 Mk., Wander-Unterstützung an 81 Mitglieder 167,86 Mk., Kranken-Unterstützung an 18 Mitglieder 252,05 Mk., Unzugs-Unterstützung an 1 Mitglied 30,— Mk., für die Verwaltung 20 Prozent der Einnahme, abzüglich 86,60 Mk. Extrabeiträge, 218,19 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse einschließlich 10 Proz. der Einnahme für die Zentralkasse belief sich auf 623,52 Mk. Bemerkenswerte Ausgaben der Lokalkasse sind: Zum Abwehrstreik der Berliner Kollegen 100,— Mk., zur Deckung des Darlehens der Holzarbeiter an das Gewerkschaftskartell 15 Mk., zum Reichstagswahlfonds 15 Mk., Unterstützungen an Kollegen 60,— Mk., für das Arbeiterssekretariat 45,— Mk., Gewerkschaftskartell 3,— Mk., Bauarbeiter-Schutz-Kommission 4,44 Mk., Zuschuß aus der Lokalkasse wegen der Ausperrung 77,28 Mk. Die Ausperrung kostete 351,40 Mk.; vom Hauptvorstand erhalten 274,12 Mk. An Beiträgen oder auf Listen gesammelt wurden von den Kollegen im ganzen 1690,85 Mk. Die Durchschnittszahl der Mitglieder war 87; macht auf jedes Mitglied im Durchschnitt 45,43 Mk. Beitragsleistung.

Warnung vor Trunksuchtmitteln. Das Medizinalamt erläßt folgende Warnung: In hiesigen Zeitungen sind in letzter Zeit mehrfach Trunksuchtmittel angepriesen worden, die zwar kostspielig, aber völlig wirkungslos sind und deren Anpreisung zudem nach der hiesigen Verordnung vom 5. September 1903 resp. August 1907 betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln verboten und strafbar ist. Das Medizinalamt nimmt daher Anlaß, das Publikum zu warnen, derartigen Anpreisungen Gehör zu schenken und bemerkt dabei, daß es ein gegen Trunksucht wirksames chemisches Präparat überhaupt nicht gibt, daß vielmehr das einzige Mittel für Trunksüchtige, sich zu retten, die völlige Enthaltensheit von geistigen Getränken ist.

Berlin, 25. Jan. Unter dem dringenden Verdacht, den Förster Emil Schwarzstein der Försterei Möggelsee erschossen zu haben, ist sein eigener 20jähriger Sohn Willi in Ralmsdorf verhaftet worden.

Leipz., 25. Januar. Hier erkrankten 80 Schülerinnen der höheren Töchterschule während des Unterrichts unter Vergiftungserscheinungen. Man vermutet, daß sich im Wustkale, der längere Zeit eine Sammlung ausgestopfter Vögel beherbergt hatte, Arsenikstaub angesammelt hatte, den die Mädchen einatmeten.

Chemnitz, 25. Januar. Amandus Schaubert, Betriebsführer der Sudebroschire gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, ist mit zwei Gefährten wegen Erpressung verhaftet worden. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hatte beim Erscheinen der Broschüre die in derselben enthaltenen Verteilungen in das geistige Rüstzeug des Verbandes aufgenommen.

Greiz, 25. Jan. Hier wurden drei verheiratete Männer verhaftet unter der Anschuldigung, sich an vier Schulmädchen fittlich schwer vergangen zu haben.

Düsseldorf, 25. Januar. Auf die 29jährige Tochter des Landwirts Nidda wurde bei Ratingen von einem 20jähr. Knecht ein Lustmord verjücht. Die Überfallene erhielt zwölf Messerstücke ins Gesicht und in den Hals. Vier Zähne sind ihr ausge schlagen.

Leipzig, 25. Januar. Gestern Abend ist der Briefträger Kubel auf dem Rückwege von einem Landbestellgang auf der Dübener Chaussee von zwei unbekanntem Männern, vermutlich in räuberischer Absicht, angefallen. Der eine von ihnen versetzte dem Briefträger mit einem Knüttel einen Schlag auf den Hinterkopf. Auf die Hilferufe des Verletzten entflohen die Unbekannten. Die Oberpostdirektion in Leipzig setzt, wie amtlich bekannt gemacht wird, auf die Ermittlung der Täter 200 Mk. Belohnung aus.

Frankfurt a. M., 25. Januar. Der russische Hochkommandant und Polizeipräsident Adamowit, der angehört Chef der von der russischen Polizei in der Schweiz stationierten 80 Polizeiaagenten gewesen sein soll, wurde wegen erpresserischer Brandanschlagung bei reichen Russen, souveränen Fürsten, Vorschaf tern und Konsuln von dem Wiesbadener Schöffengericht zu drei Monaten Haft und sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Münster, 25. Januar. Der Buchhalter der königlichen Bank, Fehlammer, der im Jahre 1907 seine Frau und den ältesten Sohn erschoss, sowie den jüngeren lebensgefährlich verletzte und dann einen Selbstmordversuch machte, wurde nach zweitägiger Verhandlung unter Zuhilfenahme mildernder Umstände vom Schwurgericht zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Leus, 25. Januar. Im Verlaufe eines Streites zwischen drei deutschen Bergleuten wurde in Maricourt (Departement Pas de Calais) ein gewisser Georg Hacke, ein 42jähriger Mann, durch einen Kolbenschlag gegen die Stirn getötet. Die beiden Angreifer, der 22jährige David Vingerer und der 25jährige Leonhard Eisener, wurden verhaftet.

Brüssel, 26. Januar. In Brügge brannte letzte Nacht die große Fabrik der Cobra Oil Company am Canal aux Charbons vollständig nieder. Bei dem Versuch, ein zugeführtes Rohr durch eine Flamme aufzutauen, entzündete sich die Ölrohreleitung und in wenigen Minuten stand der Schmelzraum in vollen Flammen. 30 Arbeiter, die in der Nacht Dienst hatten, verletzten vergeblich, mit den vorhandenen Löschvorrichtungen dem Feuer beizukommen, das schnell um sich griff und die großen Reservoire, die mehr als 100 000 Liter enthielten, in Flammen hüllte. Dank der Windstille wurde die entfernt liegende Gasanstalt von dem Feuer verschont. Die in der Nähe liegenden Schiffe und 20 Güterwaggons wurden durch Matrosen und Militär aus dem Bereich des Feuers gebracht. Der Schaden beträgt eine halbe Million.

London, 25. Januar. Ein Trupp Arbeitsloser kam auf dem Maria von Manchester nach London in Birmingham mit der Polizei in Konflikt. Durch Zutritt von dortigen Arbeitslosen wuchs der Trupp auf etwa 1000, wovon einzelne die Polizei angriffen. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Zug wurde vorfichtshalber bis zur Stadtgrenze polizeilich eskortiert.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 25. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1.15-1.25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1.35-1.40 Mk., Hafen 3.50-4.00 Mk., Enten 3.50-4 Mk., Fühner 1.80-2.50 Mk., Ruten Stk. 1.80-2 Mk., Lauben Stk. 0.50 bis 0.60 Mk., Gänse Pfd. 78-80 Pf., Flegans 2 Pf., Schinken Pfd. 85-95 Pf., Schweinestopf Pfund 45 Pf., Wurst Pfd. 1.25 Mk., Eier 6 und 7 Stk. 60 Pf., Heringe 8 10 Pfg., Dorsche genügt., Süßwasserfische genügend., Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1.00-2.00 Mk., Schleie Pfd. 1.40 Mk., Trachsen Pfd. 60-70 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70-80 Pf., Aal Pfd. - 100 Pf., Karasische Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend., Blumenkohl d. Kopf 0.30-0.60 Mk., Kohl 100 Pfd. - Mk., Gurken 100 Pfd. - Mk., Zwiebeln, hietige, Pfd. - Mk., Nessel, verschiedene pr. 100 Pfd. - - Mk., Wäsaumen, pr. 100 Pfd. - - Mk., Kirichen Pfd. - Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50-60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. - Mk.

Getreidepreise.

Lübeck, 25. Januar. Weizen, 115-127 Pfd. holl. 192-215 Mk., Roggen 114-123 Pfd. holl. 185-195 Mk., Hafer nach Qualität 140-165 Mk., hochfein über Notiz, Gerste, nach Qualität 160-170 per 1000 Kilo.

Streuholz- und Viehmarkt

25. Januar. Der Schweinehandel verlief sehr flau. Zufgeführt wurden 8100 Stück, davon vom Norden - Stück, vom Süden - Stück. Preis: Verlandschweine schwere 54-55 1/2 Mk., leichte 53-54 1/2 Mk., Sauen 48-52 Mk. und Ferkel 47-52 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Voggt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwanitz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate

finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des wert tätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.

seitens des Großherzoglichen Amtsgerichts in Ahrensböel wegen Diebstahls-Heblichkeits verfolgt wird.

Stadttheater-Vorprogramm. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: In vollständig neuer Besetzung gelangt Dienstag die Gounod'sche Oper „Faust“ zur Aufführung. Den Faust singt Herr Fanger, die Margarethe Miß Meusch, den Mephisto Herr Dornberger. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde wird nimmere auch bei dieser Oper tätig sein. Indauernde, gemessenhafte Proben haben stattgefunden, so daß ein ungetrübter Genuß zu erwarten steht. Mittwoch findet wiederum eine vollständige Vorstellung statt, wobei jeder Platz 50 Pfg. kostet. Zum letzten Male wird hierbei der Schwank „Charleys Fante“ gegeben. Der weitere Wochenplan bringt Donnerstag „Die Meister sänger von Nürnberg“ und Freitag die Operette „Der Zigeunerbaron“ mit gänzlich neuer Ausstattung. - Im Hansatheater findet Dienstag, wie bereits mitgeteilt, ein einmaliges Gastspiel statt, wobei Gustow's Lustspiel „Der Königsleutnant“ zur Aufführung gelangt.

Druckfehler-Berichtigung. In dem in unserer Sommerabends-Nummer befindlichen Jahres-Bericht der Zimmerer ist zum Schluß irrtümlicherweise gesagt: „Nach den Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes in Berlin scheint es allerdings nicht der Fall zu sein, daß auf einer Seite der Wille besteht, sich in Olte mit uns zu einigen.“ Richtig muß es heißen: auf jener Seite.“

Arbeiter, Parteigenossen! Erwerbt das lübeckische Bürgerrecht!

Schwartzau. Dem berichtigten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie haben sich die hiesigen „nationalen Ordnungsparteien“ nimmere angeschlossen. Keif dafür waren sie schon lange!

Hamburg, § 153. Im vorigen Jahre befanden sich die Hamburger Zementierer in einer Lohnbewegung, in deren Verlauf sich die dem Zentralverbande der Maurer angehörenden Zementierer und Maurer eines Neubaus an die Streikleitung um Auskunft wendeten, wie sie sich zu der Sache stellen sollten. Da ihnen die mündliche Auskunft nicht genügte, verfaßte der Maurer Gehde, Mitglied der Streikleitung, einen nur den Zentralverbändlern des genannten Baues zugestellten Zettel, auf dem es unter anderem heißt: „Wer nicht Verräter an der Arbeiterrache werden will, hat die Arbeit unbedingte einzustellen.“ Gehde wurde auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung angeklagt und von dem in „Streikklagen“ scharf zurechtweisenden Forum des Hamburger Schöffengerichts II zu einer Woche Gefängnis verurteilt. In dem Urteil heißt es: Wenn auch die Angehörigen des genannten Verbandes an sich auch verpflichtet sein mochten, sich dem Streik anzuschließen, so hat der Angeklagte es offenbar doch für nötig gehalten, sie recht kräftig auf diese Verpflichtung hinzuweisen. Wäre der Angeklagte sicher gewesen, daß jeder der Angehörigen des Zentralverbandes seine Pflicht dem Verbands gegenüber tun würde, nämlich die Einstellung der Arbeit, hätte eine rein sachliche Mitteilung genügt. In der Redewendung liegt offenbar die Bezeichnung von Mißachtung gegen jeden der Angehörigen des Zentralverbandes, der seiner Verpflichtung, dem Streik beizutreten, nicht nachkommen sollte. Keinenfalls handelt es sich um eine inhaltslose Phrase. Den Arbeitern, an welche der Zettel gerichtet war, blieb also nur die Wahl, ob sie die Arbeit niederlegen oder ob sie in den Augen der Streikenden zu „Verrätern an der Arbeiterrache“ werden wollten. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Arbeiter tatsächlich durch den Zettel veranlaßt wurden, die Arbeit niederzulegen oder ob sie dies lediglich auf Grund ihrer dem Verbands gegenüber eingegangenen Verpflichtung taten. Der Erfolg der Bemühungen des Täters ist deshalb nebensächlich, weil § 153 der Gewerbeordnung auch denjenigen mit Strafe bedroht, der es versucht Arbeiter zur Niederlegung usw. zu bewegen. Strafmildernd kam in Betracht, daß er bisher unbeitraft, strafschwerend, daß die Tat des Angeklagten, ein Glied des Terrorismus ist, der von den Streikenden gegen die Arbeitswilligen ausgeübt wird.“ Uff! Das Landgericht als Berufungsinstanz setzte zwar die Strafe auf zwei Tage Gefängnis herunter, bebauerte auch, auf keine Geldstrafe erkennen zu können, da eine solche auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung nicht zulässig sei, stimmte aber im übrigen den „rechtlichen“ Ausführungen der Vorinstanz zu. Das Hanseatische Oberlandesgericht sagte zu diesem Urteil Ja und Amen, da Rechtsnormen nicht verletzt seien! Man muß sich immer wieder vor Augen halten, daß die um Auskunft erlichenden Zentralverbändler sich von vornherein der ihnen erteilten Instruktion unterwarfen, daß mithin sich niemand „terrorisiert“ fühlen konnte. Aber hier wird mit dem Gewerkschaftsjoungliert: Es hätte vielleicht ein Zentralverbändler Arbeitswilliger werden wollen, und „Verräter an der Arbeiterrache“ sind eben liebe Kerle mit feim ausgeprägtem Ehrgefühl. Nur so ist dieses von Rechts wegen gefällte Urteil zu begreifen.

Neumünster. Das Vorgehen der Polizei bei der Wahlrechtsdemonstration und das Stadtverordnetenkollegium. In der letzten Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums stand außer einigen Kommissionswahlen als einziger Punkt auf der Tagesordnung: Beschlußfassung über eine an das Stadtverordneten-Kollegium gerichtete Eingabe betreffend die Vorgänge am 12. Januar d. J. Der Vorsteher Sanitätsrat Dr. Varlach gibt die Eingabe und gleichzeitig ein zweites Schreiben bekannt, in welchem darauf hingewiesen wird, daß an dem genannten Tage eine große Zahl von Bürgern Schaden gelitten an der Gesundheit und an der Kleidung durch Übergriffe der Polizeiorgane. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Verletzten entschädigt werden und daß der Polizeikommissar Gutsmann von seiner vorgelegten Behörde zur Verantwortung gezogen werde. An Schmerzensgeldern und für zerrissene Kleidungsstücke, sowie für Arztkosten werden von acht Personen 400 Mark gefordert. Außerdem hält ein neunter, der einen Beinbruch erlitten, sich seine Entschädigungsansprüche vor. Mit dem Vorsteher hält sich die Versammlung für nicht kompetent, in dieser Angelegenheit. Es wird einstimmig beschlossen, die Eingabe dem Magistrat mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Vorgänge am 12. d. M. und mit Bitte um eingehende Untersuchung der Angelegenheit und der gleichzeitigen Bitte um einen Bericht über das Ergebnis der Untersuchung zu überweisen.

Sicherung gegen giftige Konserven. Vergiftungen durch Konserven sind in letzter Zeit wiederholt vorgekommen. Der Deutsche Verein für Volkshygiene hat deshalb eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der vorgeschlagen wurde, Maßregeln zu ergreifen, um derartigen Vergiftungen vorzubeugen. Der Reichskanzler hatte darauf einen Erlaß an sämtliche Bundesregierungen außer Preußen und Oldenburg und an den Statthalter in Elsaß-Lothringen gerichtet. Der Erlaß erkennt an, daß sich der Anstieg des Vereins für Volkshygiene die Berechtigung nicht absprechen ließe. Die Frage der Ausgabe des Füllungsjahres auf den Konservenbehältern beschäftigte eine Kommission, die aus den beteiligten Geschäftstreibern gebildet ist. Die Regierung will deshalb vor der Einleitung amtlicher Maßregeln den Abschluß dieser Beratungen abwarten. Der Verlauf der Beratung wird vom kaiserlichen Gesundheitsamt verfolgt. Der Reichskanzler unterstützt dagegen schon jetzt den Vorschlag, die Käufer von Konserven in geeigneter Weise zur Vorsicht gegenüber den durch Sinneswahrnehmung als verdorben zu erkennenden Konserven zu ermahnen. Die preussische und die oldenburgische Regierung haben diesen Weg bereits beschritten. Die beiden Regierungen sind deshalb bei dem Reichskanzler an die Bundesstaaten ausgenommen worden. Der Reichskanzler stellt den anderen anheim, in ähnlicher Weise vorzugehen.

Mehr Lohn zum verkaufen! Eine in der Großen Burgstraße wohnhafte ältere weibliche Person suchte dieser Tage im „General-Anzeiger“ für ein paar Stunden des Morgens eine Frau. Der Lohn für die Tätigkeit der Morgenfrau war im Inserat nicht angegeben. Eine Bewerberin um diese Stelle erlaubte sich die Frage, was denn für die Stunde gezahlt werden solle. 15 Pfg. war die Antwort. Als die Frau den Kiefernlohn von 20 Pfg. stündlich verlangte, war die würdige Dame über diese Forderung ganz außer sich; sie meinte, die Frau gehöre wohl zur Sozialdemokratie; die Sozialdemokraten wollten auch immer mehr Lohn, um mehr kaufen zu können. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die „Gnädige“ ihre Wissenschaft bezüglich der Sozialdemokratie der vornehmen bürgerlichen Presse entnommen hat. Die Frau verzichtete natürlich darauf, der „gebildeten“ Dame für 15 Pfg. Stundenlohn die Arbeit abzunehmen; wir wollen nicht hoffen, daß die Dame jetzt sich selbst durch Arbeit entwürdigen muß!

Schlupfwinkel. Am Donnerstag, den 30. Januar 1908, von vormittags 10 Uhr ab sollen in Ahrensböel in Westloe öffentlich meistbietend verkauft werden: 1. aus dem Bezirke Westloe, Forstorte Denkmalstamm, Schlutwep 233 und Westloe Moor; 368 rm tiefer Kieft und Knüppel, 23 rm birken Knüppel, 85 Haufen fiesern und fichten Stangen und Schleete, 51 Haufen birken Busch, 2. aus dem Bezirke Rittbrook, Forstort Fuchsberg; 100 rm fichten Knüppel, 9 rm eichen Pfähle (2 m lang), 3 rm eichen Knüppel, 7 Haufen eichen Busch. - Am Montag, den 3. Februar 1908, von vormittags 10 Uhr ab sollen in der Galmwischstraße von W. W. Petersen, Rißerau aus den Forstorten Dachsberg, Bepersand, Griesenmoor, Grünrade, Mannhagen, Sieggriin, Fuchsberg, Steinbalken, Birkenbusch und Pechraum: 3 Haufen entb. Eichen-Pfahlholz, 11 Cao. Eichen-Pfahlholz 2-4 m lang, 360 Ect. Fichten-Schleete in 21 Cao., 230 Haufen Buchen- u. Eichen-Busch, 60 Haufen Weichholz-Busch, 20 Haufen ger. Fichten-Stangenbusch öffentlich meistbietend verkauft werden. - Am Mittwoch, den 5. Februar 1908, von vormittags 11 Uhr ab sollen in der Galmwischstraße von W. W. Petersen öffentlich meistbietend verkauft werden: 3 rm Eichen-Kieft, 25 rm Eichen-Kieft und Knüppel, 700 rm Buchen-Kieft und Knüppel, 22 rm Eichen-Kieft I. Kl. 2 m lang, 48 rm Eichen-Kieft II. Kl. 1 m lang.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ch. E. Wiegand in Lübeck ist, nachdem die Schuldenverteilung erfolgt ist, aufgehoben worden.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit betrug in der Woche vom 5. Januar bis 11. Januar 1907 auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 60 000 Einwohnern in: Aachen 17,2, Altona 17,9, Augsburg 12,7, Barmen 10,4, Berlin 16,8, Bielefeld 12,3, Bochum 21,7, Bonn 24,4, Borkel 25,2, Braunschweig 15,5, Bremen 20,7, Breslau 21,5, Charlottenburg 14,0, Chemnitz 16,8, Danzig 17,5, Darmstadt 21,7, Dessau - Dortmund 16,0, Dresden 16,1, Deutsch-Wilmersdorf 12,9, Duisburg 16,4, Düsseldorf 17,0, Elberfeld 16,6, Elbing - Erfurt 18,8, Eilen 11,9, Flensburg - Frankfurt a. M. 14,5, Frankfurt a. O. 26,2, Freiburg i. B. 19,4, Fürth 22,9, Gelsenkirchen 19,0, Gladbach 21,8, Gleiwitz 17,3, Götting 20,4, Gera - Hagen 18,8, Halle a. S. 17,4, Hamburg 35,3, Hamburg 16,2, Hannover 16,8, Harburg - Heidelberg - Karlsruhe 16,3, Kassel 14,7, Kaiserslautern - Kiel 14,0, Koblenz - Köln 22,5, Königsberg i. N. 23,4, Königshütte 22,9, Krefeld 22,3, Leipzig 18,3, Pichtenberg - Piesnitz 20,9, Rindeln 10,1, Lübeck 16,7, Lubmishagen 20,8, Magdeburg 21,8, Mainz 17,6, Mannheim 14,3, Metz 27,1, Mülhausen i. E. 11,8, Mülheim a. R. 14,5, Mülheim a. d. R. 14,5, München 19,6, Münster 14,3, Nürnberg 18,2, Oberhausen - Offenbach - Osnabrück - Pforzheim - Plauen i. V. 16,2, Posen 15,6, Potsdam 15,0, Remscheid 13,9, Rixdorf 13,9, Rottel 21,2, Schöneberg 13,9, Solingen - Spandau 13,5, Stettin 17,6, Straßburg i. E. 22,4, Stuttgart 18,2, Ulm - Wiesbaden 19,6, Worms - Würzburg 22,0, Zabrze 17,2, Zwickau 19,1.

Ein raffiniertes Betrüger stand am Freitag in der Person des Instrumentenleiters Schmoor vor der hiesigen Strafkammer. Derselbe hatte im hiesigen Annoncenblatt mehrfach Inserate veröffentlicht, nach welchen er einen itresamen, soliden Voten in dauernde Stellung suchte. Demselben wurde verprochen, 11-1400 Mk. in Jahresfrist steigend, nebst gutem Weihnachten, Ferienurlaub und Zuschuß, 500 Mk. zur Sicherung erforderlich. Angebote unter O. 95 an die Expedition. Auf diese Annoncen hin meldeten sich zu verschiedenen Zeiten 10 Personen, die von dem Angeklagten um ihr Geld oder wenigstens um den größten Teil desselben gebracht wurden. Die sich Meldenden mußten Verträge unterschreiben, nach welchen die 500 Mk. nicht als Sicherheit, sondern als Einlage dienen sollten, welche bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses zurückgezahlt werden würden. Die auf die Annoncen Hereingefallenen erzielten aber weder den versprochenen Verdienst noch erhielten sie ihre Einlage zurück. Das Gericht verurteilte den Betrüger in Anbetracht des Umstandes, daß gerade minderbemittelte Leute um ihre sauer ersparten Groschen gebracht worden sind, zu 3 Jahren Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust.

pb. Aus der besten der Weiten. Festgenommen wurde ein Arbeiter, der in verfloßener Nacht vorsätzlich und rechtswidrig eine Fensterscheibe zertrümmerte und zwar augenscheinlich in der Absicht, ein Unterkommen im Gefängnis zu finden.

pb. Ein schlechter Kollege. Ein Arbeiter aus Badendorf, der sich den Rammingarnanzug eines Arbeitskollegen rechtswidrig aneignete und ihn bei einem Händleher verlegte, wurde ermittelt und festgenommen.

pb. Stechbriefling. In einer hiesigen Herberge ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Hohenfelde, der

Sonnabend morgen 1 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzer aber schwerer Krankheit mein lieber Mann, meiner Kinder treuerzorgender Vater, der Zimmerer

Carl Saß

im Alter von 75 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ww. D. Saß, geb. Welzen,
nebst Kinder und Enkel.
Die Beerdigung findet Mittwoch morgen
9 1/2 Uhr vom Trauerhause, Kahlhorststraße
52, aus statt.

**Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**
Filiale Lübeck.

Nachruf.

Am Freitag, den 24. d. Mts., verstarb unser
Mitglied

Friedrich Harms.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den
28. d. Mts., vormittags 11 1/2 Uhr, von der
Burgtor-Kapelle aus statt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
die Ortsverwaltung.

Unserm Freund Hermann Rebien zu seinem heu-
tigen Wiegenfeste ein 999 Mal donnerndes Hoch,
das die ganz lütk Grövelgruv machelt, un wenn
hee lütten utaißt, denn kamen mi beten hen.

Ein Zimmer zu vermieten
mit Kasse, 2.50 Mk.

Ludwigstraße 84.

Malerlehrling zu sof. oder Ötern
unter günstigen Be-
dingungen gesucht.

Aua. Pösch. Wafenismauer 23.

Chaiselongue von 28 Mk. an.
Klappdivan mit Taschen v. 50 Mk. an.
Sarnituren billig

Johannisstraße 41.

Eine junge tragende Biene zu verkaufen
A. Jost. Reusefeld, Schwoorstraße.

Ankauf von

**Gummi, Haaren, Metallen,
Eisen,**

Kumpen, Knochen zc. zc. zc.
Untertrave 87.

**Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.**

**Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfund 1,40 Mark.**

Dienstag und folgende Tage:

Prima Koch-Rippen

Wid. von 30 Pfg. an.

M. Lahrz, Böttcherstr. 16.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-
arbeit., Künstauf. 13

**Uhrlieder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.**
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
macher, wacher
Königsstraße 62, b. d. Hürstraße
Gebe rote Nabatmarken.

Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Lübeck).

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, 28. d. M.,
abends 8 1/4 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der zum Gantag gestellten
Anträge.
2. Bericht von der Drechsler-Konferenz.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Schneider!

**Mitglieder-
Versammlung**
am Dienstag, 28. Januar,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Öffentliche Gesundheitspflege u. Arbeiter-
bewegung.
2. Jahresbericht.
3. Verschiedenes.

Referent: Dr. Schäfer.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
wird gebeten.

Die Ortsverwaltung.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 — LÜBECK — Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von

- Plakaten
- Broschüren
- Flugblättern
- Statuten
- Mitgliedskarten
- Eintrittskarten
- Programmen
- Festliedern.

Herstellung sämtlicher

Buchdruckerarbeiten

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von

- Briefbogen
- Konverts
- Rechnungen
- Quittungen
- Mitteilungen
- Adresskarten
- Zirkularen
- Visitenkarten.

Jack's Familien-Musik-Instrumente
Phonographen, Grammophone, Spieldosen, Zithern,
Mandolinen, Harmonikas etc. sind überall beliebt.
Verkauf zu Original Fabrikpreisen.

Musikhaus Jack, Königstrasse 96.

Von der Internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. Mk.	2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	" "	2,50
Bebel, Charles Fourier,	" "	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	" "	1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm,	" "	2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	" "	2,—
Stepniak, Der russische Bauer,	" "	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	" "	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ilarische Kommunismus	" "	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	" "	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	" "	3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Voranzeige.

Der diesjährige Liederabend

der Arbeiter-Bildungsschule findet am **Mittwoch, den 11. März d. Js.,**
im „Vereinshaus“ statt. Wir bitten die Gewerkschaften und Vereine, an
diesem Abend von der Abhaltung von Versammlungen und Veranstaltungen
Abstand zu nehmen.
Das Komitee.

Öffentliche Versammlung

der
selbständigen Schuhmacher Lübeck's
am **Mittwoch, den 29. Januar 1908**
abends 8 1/2 Uhr

im Gesellschaftshaus „Monopol“, Johannisstraße 25.

Tages-Ordnung: Die Lohnforderung der Gesellen.
Der Einberufer.

Kranken- und Sterbefälle
„Amicitia“
G. D. Nr. 18.

General-Versammlung
am **Sonnabend, 1. Febr.,**
abends 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Halbjahr 1907.
2. Wahlen nach §§ 18, 24 und 25.
3. Innere Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 29. Januar 1908,
abends 8 Uhr

im **Kolosseum:**
15. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Emil Corbach (Violinello).
Zur Ausführung kommen u. a.:
Ouverture zu „Manfred“ R. Schumann.
Mozartiana Suite Nr. 4 P. Tschaikowsky.
Fantasie aus „Fra Diavolo“ F. F. Auber.
In lauschiger Nacht, Walzer D. Zieterer.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Karl Obst, Am Brink 116.
Reelle und billige Schuhreparatur-
werkstatt.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.
Vornehmstes Theater
lebender, sprechender und sin-
gender Photographien,
Täglich

Gr. Künstler-Konzert
der Moosbacher Bauern-Kapelle.

Diese Woche neues herrliches Programm.
Das Kind des Schiffers.

Tragödie.
Macht des Gesanges.
Hochhumoristisch.

Flugmotorboot
67 Kilometer in der Stunde.

Der neugebackene Schauspieler.
Humoristisch.

Um eine Blume.
Episode aus dem Leben.

Satan amüsiert sich.
Humoristisch.

Auf ins Metropol.
Schaufestspiel aus

Die beiden Waisen.
Entzückendes Schauspiel.

Und das grosse Wochenprogramm.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Stage.
vom 26. Januar bis 1. Februar:
**Süd-Amerika,
Peru.**

Hansa-Theater.

Dienstag, 28. Januar, 8 Uhr.
Einmaliges Gastspiel:
Der Königsleutnant.

Lustspiel in 4 Akten von Gukow.
Vorverkauf bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.

(Provisorium)
Direktion: L. Florowski.
Dienstag, 28. Januar, 7 1/2 Uhr.

87. Abonn.-Vorstell. 18. Dienstags-Abonn.
Orchester des Vereins der Musikfreunde!
In neuer Besetzung.
Margarethe.

Oper in 5 Akten von Gounod.
Mittwoch: Jeder Platz 50 Pfg.
Stürmischer Lacherfolg!
Charles's Lante.

Donnerstag:
Die Meisterfinger von Nürnberg.

Lehrer und Sozialdemokratie.

Aus Lehrerkreisen schreibt man der „Leipziger Volkszeitung“:

Wo immer die Sozialdemokratie die Lehrer im Kampfe um die Freiheit der Schule und um die eigene Freiheit unterstützt hat, da haben die Lehrer diese Unterstützung gern angenommen. Die Fälle sind nicht selten. Und die Mehrheit: Wo immer den Lehrern von ihren Vorgesetzten oder von der bürgerlichen Presse die Hinneigung zur Sozialdemokratie vorgeworfen wurde, da haben die Herren nichts Billigeres zu tun gehabt, als die Sozialdemokratie von sich abzuschnitten. Es fällt uns nicht ein, nach Art bürgerlicher Gesellschafter von Unbarmen und dergleichen zu fesseln; die Sozialdemokratie kämpft für eine freiheitliche Ausgestaltung der Schule nicht zu dem Zwecke, um Anerkennung und Dank zu ernten. Aber was wir der Lehrerschaft zum Vorwurf machen, das ist ihre politische Kurzsichtigkeit. Jeder im Klassenkampfe nur einigermaßen geschulte Arbeiter ist sich völlig klar darüber, daß die herrschenden Klassen unserer modernen Gesellschaft, Krant- und Schlotfunker und ihre gefügigen Diener, die Pfaffen, nicht das geringste Interesse daran haben können, daß die Volksschule ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werde, nämlich der arbeitenden Masse eine gründliche und umfassende Bildung zu vermitteln. Die Beweisführung ist hier sehr einfach. „Die sogenannte allgemeine Bildung, so unentbehrlich sie auch ist, ist für diese Klassen, wenn man aufrichtig sein will und sich nicht davor fürchtet, es auszusprechen, doch weniger wichtig als die fachliche Ausbildung“. Der dieses Wort gesprochen, der verstorbene Miquel, konnte es wissen. Für Zwecke der allgemeinen Bildung ist eben im modernen Klassenstaat kein Geld vorhanden. Der Kapitalismus wird immer fragen: Welchen Nutzen habe ich davon? Und da lautet seine Antwort: Wenig oder gar keinen. Und mit der Fachbildung ist es etwas anders bestellt. Ein entwickelter Industriestaat hat ein Interesse daran, daß die Intelligenz der Arbeiterklasse nicht völlig unentwickelt bleibt. Es kann keine häufig höchst komplizierten Maschinen nicht rohen und unentwickelten Arbeitern anvertrauen im Gegensatz zu der noch halb feudal betriebenen Landwirtschaft auf ostelbischen Rittergütern, wo heute noch der dümmste Arbeiter der beste ist. Daher läßt sich die industrielle Bourgeoisie durch Gründung von Fach- und Fortbildungsschulen die Spezialbildung der Arbeiter etwas kosten, freilich nur, um seine Allgemeinbildung um so mehr zu vernachlässigen. Immerhin findet dieses Interesse, das aus den Bedürfnissen der technischen Entwicklung geboren ist, an dieser selber wieder ihre ganz bestimmten Grenzen. Die Entwicklung der Maschinen hat den Arbeiter selber zur Maschine gemacht. Das Spinnen, das Weben, das Hobeln, das Sägen, das Drucken und Sehen besorgt die Maschine. Der Arbeiter ist zum bloßen Handlanger degradiert. Es gibt Arbeiter, die weiter nichts machen als Stuhlbeine, tagen, tagaus, nur Stuhlbeine, natürlich mit der Maschine; andere machen nur Schraubennuttern, usw. Kein Wunder, wenn sie selber zur Maschine werden. Was für Fachbildung ist da groß vonnöten? Der Kapitalismus stopft Fachbildung nur deshalb in den Arbeiter hinein, um desto mehr Mehrwert aus ihm herauszumirakeln. Er interessiert ihn nur als Träger von Mehrwert, als Mensch ist ihm der Arbeiter völlig gleichgültig. Der Kapitalismus hat also kein Interesse an einer wirklich leistungsfähigen Volksschule.

Die Einschätzung, die der Volksschule von den herrschenden Klassen unserer Lage widerfährt, färbt natürlich auch bedenklich auf die Volksschullehrer ab; wie können

die Herrschenden die Angehörigen eines Berufes schätzen, der eine für sie bedeutungslose Arbeit verrichtet?

Gerade entgegengesetzt liegen die Verhältnisse bei der Sozialdemokratie. Die Arbeiterklasse hat das lebendigste Interesse an dem Gedeihen der Volksschule, denn sie schiebt ihre Kinder dorthin. Die Arbeiter haben gelernt, daß Bildung eine schneidige Waffe ist im wirtschaftlichen Kampfe und sind daher mit allen Kräften bestrebt, die Volksschule auf eine Höhe zu bringen, daß sie ihrer Kulturaufgabe gerecht werden kann. Das Bestreben der Lehrerschaft, alle Unterrichtsanstalten von der Kleinkinderschule bis zur Akademie organisch aneinander zu gliedern, mithin die Einheitschule zu schaffen, findet nirgends tieferes Verständnis und willigere Unterstützung, als bei den Arbeitern, deren Kinder durch das herrschende System von allen höheren Bildungsanstalten ausgeschlossen sind. Und wer in aller Welt sollte wohl mehr Veranlassung haben, die Einheitschule zu verwirklichen als die Arbeiter? Und daß die Sozialdemokratie die Einsicht besitzt, um zu wissen, daß nur ein freier und wirtschaftlich sicher gestellter Lehrerstand seine Kulturaufgabe mit Erfolg zu bewältigen vermag, diese Einsicht hat die Sozialdemokratie bei zahlreichen Gelegenheiten bewiesen.

Und trotzdem diese Verständnislosigkeit, die blinde Wut der Lehrer gegen die Sozialdemokratie, und trotzdem dieses liberale Getöse! Die bürgerlichen Parteien werden selbstredend die Lehrer gern in ihren Reihen sehen: Es sind fleißige Arbeiter, die sich vortrefflich zu Schriftführerposten eignen, und die durch ihre Stellung in der Gemeinde vorzüglich befähigt sind, für die Ziele der Partei Propaganda zu machen.

Und andere wieder, die mit ihrem Herzen wohl bei der Sozialdemokratie stehen, sagen sich resigniert: „Was sollen wir machen? Wir sind Beamte. Sagen wir, wie wir es meinen, dann fliegen wir.“

Nun ist anzuerkennen, daß es nicht jedes einzelnen Sache ist, sein Amt für seine Überzeugung zu opfern; wirtschaftliche Bedenken, Familienrückichten und dergleichen sprechen da in der Regel das ausschlaggebende Wort. In dem Kampfe gegen das herrschende System wird der einzelne stets unterliegen. Aber die Lehrer sind nicht machtlos; sie haben eine Organisation, wie sie besser gar nicht zu wünschen ist, deren äußerste Glieder bis in das fernste Heidedorf reichen. Und was leistet diese glänzende Organisation von 115 000 deutschen Lehrern? Ach, es ist nicht der Rede wert. Aber Halheiten ist sie bis heute nicht hinausgekommen. Was könnte sie unter zielbewußter Führung leisten! Mit einer Korporation von über 100 000 Beamten muß eine Regierung rechnen; freilich nur dann, wenn diese Korporation einig ist; aber wann wären die Lehrer je einig gewesen? Und daß sie bei jeder größeren Aktion uneinig sind, das liegt wesentlich darin begründet, daß über die Ziele einer vernünftigen Schulpolitik die heillosste Verwirrung in ihren Köpfen herrscht.

Ob die Lehrer noch einmal zur Besinnung, zur klaren Erkenntnis ihrer Lage kommen werden? Der mutige Kampf der bremischen Volksschullehrer gegen Bureaokratismus und Orthodorie, den sie in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie siegreich geführt haben, ließ eine schwache Hoffnung aufkommen. Seitdem haben auch die Dinge in Bremen sich geändert, wie der Roland-Konflikt deutlich erkennen läßt.

Es hilft also alles nichts! Die Schule muß noch mehr von der immer mächtiger werdenden Reaktion geknebelt werden, und die Volksschullehrer müssen noch deutlicher fühlen, daß sie nur geduldet werden. Schlimm, daß es so ist; es könnte anders sein.

Wenn die Volksschullehrer einen zielbewußten Kampf führen wollen für die Schule, so werden sie Erfolge in diesem Kampfe immer nur erringen mit der Sozialdemokratie, nicht gegen sie.

Soziales und Parteilieben.

Notstand und Arbeitslosigkeit. Von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Berlin ist folgender dringliche Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet worden: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die zurzeit in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern. — Die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg bewilligte am Donnerstag auf Antrag des Magistrats Gelder zur Vornahme von Notstandsarbeiten. Der Magistratsantrag war eine Folge des vor einer Woche beratenen sozialdemokratischen Antrages, zur Vinderung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Bei der Beratung dieses Antrages, der dem Magistrat schließlich zur Erwägung überwiesen wurde, kam es zu lebhaften Szenen und der Räumung der Tribünen. Bei der Beratung am letzten Donnerstag wurde ein Antrag unserer Genossen, die Unternehmer zu verpflichten, soweit Tarife beständen, die tariflichen Löhne, im übrigen aber mindestens den örtlichen Tageslohn zu zahlen, abgelehnt. Dagegen wurde der Magistrat beauftragt, die Unternehmer zu verpflichten, einen bestimmten Mindestlohn zu zahlen. — Die Stadtverordneten Elberfelds haben zu Notstandsarbeiten 20 000 Mk. bewilligt. Nach Angaben bürgerlicher Blätter sind dort 600 Arbeitslose, so daß die Summe als völlig unzureichend erscheint. — Die Arbeitslosen von Speyer marschierten in geschlossenem Zuge, nach Schluß einer Versammlung, die im „kleinen Storchenteller“ stattfand, nach dem Stadthaus, wobei der Bürgermeister eine Deputation der Arbeiter empfing und deren Wünsche betreffs Arbeitsschaffung entgegennahm. Der Bürgermeister gab das Versprechen ab, soweit wie möglich für Arbeitsgelegenheiten zu sorgen. Die Versammlung ging hierauf befriedigt auseinander. — In Mannheim zog dieser Tage nach einer starkbesuchten Arbeitslosenversammlung teils geschlossen, teils in losen Gruppen, die allgemeine Aufmerksamkeit der erstaunten Straßenpassanten auf sich lenkend, die Masse der Arbeitslosen über den Markt durch die Breitelstraße, in eifriger Ruhe und Disziplin am Kaufhaus vorbei, wo Bürgermeister v. Hollander unfreiwillig die Parade abnahm, nach dem Tiefbauamt. Dort wurde sofort daran gegangen, den Antrag in die Arbeitslosentlisten vorzunehmen. Das Tiefbauamt war anscheinend auf den zu erwartenden Ansturm gewappnet. Im Handumdrehen waren fünf Beamten zur Stelle, um das Angebot der allzu billigen Ware Arbeitskraft entgegenzunehmen.

Authentisches über den Wiesenthal'schen „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ veröffentlicht ein bisheriges Mitglied dieser Sonderorganisation in der „Metallarbeiterzeitung“. Das Wiesenthal'sche Organ hat bei seiner Richterstattung über den im Dezember vorigen Jahres in Dresden abgehaltenen außerordentlichen Verbandstag leider vergessen, etwas über die Entwicklung des „Allgemeinen“ mitzuteilen. Das oben erwähnte Mitglied ist nun in der Lage, darüber Authentisches zu berichten. Nachdem die „Berichtmelungsfrage“ erledigt war, erstattete Wiesenthal den Bericht des Vorstandes. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Mitglieder des Verbandes im April 1907 3049, im Oktober nur noch 3007 betrug. Besonders stark war der Rückgang in Berlin, wo die Mitgliederzahl von 2859 im April auf 2380 im Oktober gesunken ist. Der Verlust in Berlin wurde zum Teil durch Gründung neuer Ortsvereine ersetzt. Mehr als 100 Mitglieder zählt nur noch der Verein in Dresden; daneben sind noch zu nennen Erfurt mit 94, Hannover mit 90, Leipzig mit 72, Quedlinburg mit 69 Mitgliedern. Von den übrigen Vereinen ist Karlsruhe mit 32 Mitgliedern der größte, in allen anderen beträgt die Mitgliederzahl unter 25. Den Rückgang in Berlin erklärte Wiesenthal daraus, daß infolge Verwicklung des Verbandes mit der

Ally Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge. (8. Fortsetzung.)

So fest war der Lord überzeugt, den Gegenstand seiner Rache auf den ersten Blick in irgend einem Versteck zu entdecken, daß er unwillkürlich still stand, und die einstudierte Gleichgültigkeit aufgebend, sein trotziges Gesicht die ganze Wildheit und Härte seines wahren Charakters annehmen ließ. In demselben Augenblicke versumte die Harfe, deren letzter Ton von einem schwachen Schrei begleitet wurde.

„Ihr erschreckt“, sagte Jeffreys, dessen Auge mit der Schnelle des Adlers jeden Gegenstand betrachtete. „Ich bin euer Freund und Beschützer, der kaum zurückgekehrt von ermüdenden Geschäften zu Euch eilt, um nach Eurem Wohl zu fragen.“

Während er sprach, verschwand der hellvolle Ausdruck aus seinen Zügen. Mit langsamen, festen Schritten ging er bis in die Mitte des Zimmers, unverkennbar mit stets größerem Erstaunen und einer Verwirrung, die er vergebens zu unterdrücken strebte. Nirgend war hier ein Versteck, das ihm verborgen bleiben konnte; selbst an der Nische in der Wand, wo das Bett des Fräuleins sich befand, waren die Vorhänge zurückgeschlagen, und dort sah die junge, liebliche Gestalt im Nachtgewande, vermischt und beschämt, aber regungslos und den stillen, kalten Blick auf ihn geheftet. Sie hielt die Harfe in ihrem Arm und lehnte sich daran. Ihr lichtbraunes Haar, von Wändern und Nadeln befreit, floß in schweren Ringen über den Nacken nieder! Die blendende Weiße ihrer Haut und die zarte Feinheit ihrer reinen Züge waren schöner und unschuldiger kindlicher, wie Jeffreys sie je gesehen hatte. — Er ließ sich auf den Sessel an ihrer Seite nieder und betrachtete sie eine Minute lang im tiefen Nachdenken.

„Da! wenn ich nicht gewiß wüßte, was ich weiß“, murmelte er in sich hinein, „ich würde mich auch jetzt noch betrogen lassen. Ist es möglich, daß so viel verschlagene List und Treulosigkeit in einem so unschuldigen Gesicht verborgen sein können?“

Er faßte Lätitia's Hand und hielt sie fest, trotz des Zuckens ihrer feinen Finger. „Meine arme, kleine Freundin“, sagte er, „ich habe um Vergebung zu bitten, daß ich so spät

noch eure Ruhe störe. Aber alle meine Sorgfalt ist ja darauf gerichtet, diese zu sichern, und alle meine Gedanken haben nur Euer wahrhaftes Lebensglück zum Ziel.“

Die junge Dame schüttelte leise den Kopf, den sie tiefer senkte.

„Ist es denn nicht so, Lätitia?“ fuhr Jeffreys fort. „Rühme ich mich etwa lügenhafter Dinge? Wenn ich nicht gewesen wäre, was würde dann wohl geschehen sein? — Alles, was die Greys besaßen, hätte der König genommen, und was wäre aus dem ausgestoßenen Kinde geworden?“

Die Hand des Fräuleins sank an der Harfe nieder und lockte einen dumpf verhallenden Ton aus dem Instrument.

„Ja, so wäre das gedroffene Leben verklungen“, sagte der Lord. „Ich habe es aufgerichtet und es gepflegt wie ein Vater.“

„O mein Vater“, flüsterte sie leise. Dieser Ausruf war so schmerzhaft, daß Jeffreys einen Augenblick schwieg. Möglicherweise legte er die Hand auf ihr Haupt und rief in seiner herzlichen Weise: „Es entzückt mich, diese Anerkennung meiner Liebe zu hören. Mein armes, verlassenes Kind, alles, was Du willst, werde ich Dir sein, Dein Freund, Dein Vater, Dein Gatte, der Dich mit Freuden und Ehren umgibt, der jeden Deiner Wünsche befriedigt, der alles tut, was Dir angenehm sein kann.“

„Dann, mein Herr Kanzler“, sagte Lätitia sich langsam aufrichtend, „möchte ich bitten, mich allein zu lassen.“

Jeffreys lachte laut auf. „Habe ich Dich endlich zum Sprechen gebracht“, sagte er. „Nun, das freut mich, freut mich aufrichtig, wäre es auch nur, um andere Leute zu überzeugen, daß Du nicht schwachsinzig und vernunftlos bist.“

„Ich könnte es werden“, erwiderte sie, und indem sie ihre großen dunklen Augen auf ihn heftete, fügte sie hinzu: „Was habe ich heute weiter noch von Ihnen zu hören?“

„Wie schön bist Du!“ rief der Lord, „wie entzückend Dir dieser schwermütige Ernst steht. Wahrlich, ich kann es dem leichtsinnigen, verdammten Burchen nicht verdenken, wenn er wie ein Rasender versucht, dies spröde Herz zu erobern.“

Mit einer stolzen Wendung des Kopfes stützte die junge Dame diesen in ihre Hand und blickte vor sich nieder.

„Wenn er sogar es wagt, bis in mein Haus zu bringen“, fuhr Jeffreys fort.

„Das bewacht ist von mehr als einem Cerberus“, erwiderte sie, das Gesicht verbergend, über welches, wie es dem Kanzler schien, ein leises Lachen floß.

„Eben deswegen kam ich so spät“, sprach er bedächtig. — „Man hat einen Menschen gesehen, der im Abenddunkel sich mit Hilfe irgend eines Schurken hier eingeschlichen hat. Man verfolgte ihn, und ich besorgte, der Lärm sei bis in diese fromme, ichöne Ruhe gebrungen.“

„Ich hörte nichts“, erwiderte sie ruhig.

„Dann bin ich zufrieden und kann gehen“, sagte er, vom Sessel aufstehend. „Ich erfülle so gern alles, was meine Lätitia wünscht.“

Seine helle Röte schimmerte auf ihrer Stirn. — „Es ist unmöglich“, sagte sie. „Hierher bringt niemand, man hat sich getäuscht.“

„Ich selbst habe ihn gesehen“, erwiderte Jeffreys.

„Und was — was wurde aus dem verwegenen Mann?“

„Er hat ohne Zweifel fest empfangen, was er verdient“, erwiderte der Lord gleichgültig.

„Großer Gott!“ schrie die junge Dame mit Entsetzen.

„Ist er gemordet, wie mein Vater gemordet wurde?“

Ein munteres Gelächter war Jeffreys Antwort. „Nein, Wippen“, rief er ihr zu, „Dein Vater starb, wie Hochverräter sterben müssen, am Galgen! Dieser aber, dieser Cinbrecher, soll mehr Glück haben. Er soll vor Deinen Augen enden!“

„Nun, dem Himmel sei Dank!“ sagte Lätitia freudig.

„denn ist er noch nicht in Eurer Gewalt; denn, wär er es, so würde er längst hierhergeschleppt sein.“

„Du bist scharfsinnig“, erwiderte der Lord, sich von neuem niederlegend. „Wir wollen die Sache wie geschickte Leute abmachen, die sich kennen. Dein Schweigen, Dein Erbarmen und alle Deine Künste täuschen mich nicht mehr. Ich weiß, daß William Howe hier war, daß er öfter schon denselben Weg gemacht hat, und sehe ein, daß daran nichts zu ändern ist. — Sagt mir aufrichtig, Lätitia, ob ich recht habe?“

„Ich werde es nicht leugnen“, erwiderte sie nach kurzem Bedenken.

Freien Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands in den Vertrauensmännerkonferenzen und in den Vereinsversammlungen die heftigsten Diskussionen entstanden sind, daß die einzelnen Mitglieder gegeneinander mißtrauisch wurden, und daß jedes Wort falsch aufgefaßt wurde. Auch die Erhebung der Extrabeiträge für den Bauarbeiterstreik hat auf die Bewegung in Berlin lähmend eingewirkt, so daß Wiesental über mangelnde Betätigung der Solidarität klagen mußte. Der Bericht über die Verbandskasse lief recht dürftig aus, der Bestand am 1. April 1907 betrug sich auf 2601,73 Mk., die Gesamteinnahmen bis zum 30. November betrugen 14 912,17 Mk., so daß sich zusammen mit dem Kassenbestand eine Einnahme von 17 413,90 Mk. ergab, der eine Ausgabe von 15 455,88 Mk. gegenüberstand. Der Kassenbestand am 30. November 1907 betrug mithin 1 928,04 Mk., aber in Wirklichkeit ist die Summe noch geringer, da bis zum Verbandstag eine Reihe von Ausgaben gemacht wurden. Der Kassierer Wiesner hatte also kaum unrecht, als er sich als Kassierer ohne Geld bezeichnete. Die Unterstützungskasse, die fakultativ ist, hatte vom 1. Juni 1906 bis zum Oktober 1907 eine Einnahme von 12 975,30 Mk. zu verzeichnen, die Ausgabe vom 1. Juni 1907 bis 1. November 1907 betrug 9883,35 Mk., der Bestand am 1. November also 2 991,95 Mk. Wie niedrig der Bestand in Wirklichkeit ist, das erfährt man erst dann, wenn man bedenkt, daß die Mitglieder, die neu eintraten, eine Karenzzeit von einem Jahre durchmachen mußten, daß also in der Zeit vom 1. Juni 1906 bis 1. Juni 1907 wohl die Beiträge erhoben wurden, aber Unterstüßungen nur an den Teil der Mitglieder gewährt worden sind, die vorher schon im Deutschen Metallarbeiter-Verband Rechte erworben hatten. Die Zahl der Mitglieder der Unterstützungskasse ist von Juli 1907 bis November von 2070 auf auf 1895 gesunken. — Den Bericht über die Presse erarbeitete der Redakteur des Verbandsorgans, Schönheim. Er erklärte, daß ihm besondere Schwierigkeiten daraus erwachsen, daß die Organisation sich noch aus zwei Richtungen zusammensetzt, der älteren Richtung (Freien Vereinigung), die ganz andere Grundideen hatte, als die neue Richtung (die Hohllegergruppe). Es sei nicht gelungen, die Gegensätze zwischen beiden völlig zu überbrücken. Sehr erwidert wurde der Redaktion ihre Aufgabe durch die Futereffektivität der Mitglieder, die es an Mitarbeit und an Informationen haben lassen. Einen allgemeinen Situationsbericht hat die Redaktion überhaupt nicht erhalten können. Bezüglich des Kampfes gegen den Deutschen Metallarbeiterverband erklärte Schönheim, daß es ihn amüsierte, wenn er sich in jeder Nummer gegen die Maßnahmen der „feindlichen Brüder“ wenden müßte, aber es gehe nicht anders, denn das Verbandsorgan sei die einzige Waffe, der Verband verfüge weder über die sozialdemokratische Parteipresse, noch über einen Stab von Beamten. — Das die Zeitschrift. Es wäre jedenfalls für die Mitglieder des „Allgemeinen“ auch sehr interessant gewesen, in ihrem Organ so etwas zu lesen.

Kündigung der Tarifverträge im Maler- und Weißbindergerber. Auch die Maler- und Weißbindermeister wollen, gleich den Bauunternehmern und den Arbeitgeber in der Holzindustrie, mit ihrer Macht in diesem Frühjahr nicht zurückweichen und gleichfalls auf den wirtschaftlichen Kampfbahnen treten. Durch ein Schreiben des Vorsitzenden des Landesverbandes der Maler- und Tünchermeister von Hessen und Nassau ist bereits die vorläufige Kündigung aller in diesem Frühjahr im zweiten Bezirk ablaufenden Tarifverträge der Bezirksleitung mitgeteilt worden. In Betracht kommen die Orte Darmstadt, Frankfurt a. M., Hanau, Friedberg, Nauheim und Offenbach. Nach dem Schreiben der Unternehmer soll die Kündigung der Verträge lediglich zu dem Zweck erfolgen, um einen einheitlichen Tarifvertrag herbeizuführen, damit sich geordnete Zustände in allen Teilen des Landes ergeben. Tarifabschlüsse mit den einzelnen Ortsgruppen sollen nicht mehr erfolgen. Wenn der in dem Schreiben angekündigte Tarifentwurf eintrifft, wird es sich ja zeigen, ob keine anderen Gründe, als die angegebenen, hinter der Kündigung stecken.

Der polizeiliche Überfall auf das Metallarbeiterhaus in Berlin. Dem „Vorwärts“ ging folgende genaue Darstellung über den Überfall zu: Am 21. d. M., nachmittags 4 Uhr flüchteten sich in das Haus des Metallarbeiterverbandes, Charitertstraße 3, plötzlich etwa sechs erwachsene Personen und drei Kinder. Als dies der Portier des Hauses, Ladnisch, sah, schloß er den Torweg. Darauf kommandierte der auf der Straße anwesende britische Polizeioffizier: „Zwei Mann abgefesse!, die Salunken müssen alle raus!“ Der Torweg wurde gewaltsam geöffnet, der Polizeioffizier drang ein und mit ihm eine Anzahl Schulkleute, von denen sechs mit gezogenem Säbel die zu den Büreaus führenden Treppen hinaufführten. Einer der Beamten stellte sich vor den rechten Eingang, der

zu den Privatwohnungen führt. Auf der hier befindlichen Treppe befand sich das Kind des Portiers Ladnisch. Frau Ladnisch, die um ihr Kind Angst hatte, machte den Beamten darauf aufmerksam, daß niemand oben sei, wurde jedoch mit den Worten angeherrscht: „Machen Sie, daß Sie wegkommen, dämliches Weib!“ Zwei Beamte postierten sich vor die Eingangstür des Hauses. Sie verließen einen harmlos aus dem Hause kommenden nichts ahnenden Mann ohne jede Veranlassung einen Schlag mit flacher Klinge über den Rücken. Der Vertreter der Eigentümerin des Hauses, der Firma Schlick u. Co. in Stuttgart, Wegold, der den Lärm in seinem Bureau hörte und, um nach Ordnung zu sehen, auf den Hof hinausgehen wollte, wurde angefahren und nicht heraußgelassen. Als die Schulkleute einbrangen, flüchteten zwei von den erschreckten Kindern über die Mauer, das dritte suchte Schutz hinter dem Müllkasten, von wo es von einem Schußmann mit dem Säbel hervorgezerrt wurde. Im 3. Stock fliehen die eingedrungenen Beamten auf den Metallarbeiter Tomaschek. Dieser war nach langer Abwesenheit von Berlin soeben aus Posen zurückgekehrt. Er hatte keinerlei Ahnung von den Versammlungen und Demonstrationen. Er kam etwa um 3 1/2 Uhr zum Verband, um sich zurückzumelden und wartete mit einer Anzahl Frauen vor den noch verschlossenen Büreauräumen auf deren Eröffnung. Als die Polizeibeamten den ahnungslosen Tomaschek sahen, packte ihn ein Polizeibeamter an der Brust und forderte ihn auf, hinunter zu gehen. Tomaschek erwiderte: „Ich muß hier hingehen“, worauf der Beamte ihn zweimal mit der flachen Klinge über die Schulter schlug. Zugleich wurde Tomaschek in die zweite Etage hinaunterbesördert. Durch den Lärm aufgeschreckt, öffnete der in den Verbandsräumen beschäftigte Gewerkschaftsbeamte Blumenthal die Tür und sah, wie Tomaschek mißhandelt wurde. Er erklärte den Beamten: „Es ist unerhört, was Sie sich hier erlauben; wie kommen Sie dazu, unser Mitglied zu schlagen?“ Blumenthal ging darauf zur zweiten Etage hinunter und sagte voller Erregung zu dem dort stehenden Polizeihauptmann: „Das ist doch unerhört von den Beamten, auf einen Wehrlosen so einzuschlagen!“ Auf die Aufforderung, sich zu entfernen, erwiderte Blumenthal, daß er hier angestellt sei. Hierauf faßte der Hauptmann Blumenthal an Krage, riß ihm Jackett und Weste auf, ordnete seine Verhaftung an und schlug ihn mit dem Säbel übers Kreuz. Ebenso schlug eine Anzahl hinzukommender Schulkleute mit dem Säbel auf Blumenthal ein. Blumenthal wurde nunmehr zur Wache transportiert, wo er bis gegen 8 Uhr abends bleiben mußte. Ein besonderer Glücksfall war es, daß der die Krankenunterstützungen auszahlende Gewerkschaftsbeamte einige Minuten vor 4 Uhr, der offiziellen Öffnungszeit der Krankenkasse, auf dem Bureau erschienen war, so daß die Kranken um 4 Uhr, als die Polizei einbrang, sich nicht mehr auf der Treppe befanden. Diese, etwa 30—40 an der Zahl, gerieten schon durch das bloße Hören des Lärmes auf der Treppe in höchste Erregung und flehten den Gewerkschaftsbeamten um Schutz an. Eine der Frauen wurde ohnmächtig. Von der Leitung des Metallarbeiterverbandes wird gegen die schuldigen Beamten Strafanzeige erstattet werden, der sich der gerade in Berlin anwesende Miteigentümer des Hauses, Werner aus Stuttgart, anschließen wird. — Nicht nur die ordnungsliebende, nur auf Abwehr der „Angriffe“ bedachte Berliner Polizei, von der die verlogene „anständige“ Presse faßelt, sondern die ganze preussische Kulturberleichteit erscheint hier in einem höchst alanzenden Licht. In einem der westeuropäischen Kulturstaaten wäre eine derartige Polizeileistung nicht möglich, ohne daß die beteiligten Beamten schwere Strafe träge; im preussischen Polizeistaat wird wahrscheinlich die Strafanzeige ohne jeden Erfolg bleiben, vielleicht sogar noch der Polizei mit schönen Redewendungen beistimmt werden, daß sie nach preussischen Kulturbegriffen völlig korrekt gehandelt hat. Preußen marschiert eben in der Welt voran — zwar nicht in bezug auf die Lösung kultureller Staatsaufgaben, aber doch hinsichtlich der Qualität seines Polizeiregiments.

Wegen der Wahrscheinlichkeitsdemonstrationsversammlungen vom 9. und 12. Januar verurteilt die Halle'sche Polizei einen fulminanten Umzugsprozess einzuleiten. Man sucht auch nach Leitern der Umzüge und es haben schon diesbezügliche Berechnungen stattgefunden.

Das Baumgürtel von Weissenau vor Gericht. Am 16. Oktober v. J. stürzte in der Weissenauer Zementfabrik ein Hängegerüst, das zur Verstärkung und Befestigung von T-Eisenstützen diente, an einer provisorisch aufgestellten Schiene mit den darauf beschäftigten drei Arbeitern Kehl, Humm und Bölling in die Tiefe hinab. Die drei Arbeiter verloren dabei ihr Leben. Jetzt hatten sich in Mainz wegen fahrlässiger Führung der Vorarbeiter Karl W. Kleinhenz aus Wombach, Betriebsingenieur Paul Schulte und Bautechniker Jakob Schmitt, beide in Weissenau wohnhaft, zu verantworten. Kleinhenz wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, die beiden anderen Angeklagten freigesprochen.

Ein Streikprozess größeren Umfangs fand vor dem Schwurgericht in Erfurt statt. Er hatte seinen Ausgang von jenem großen Bauarbeiterstreik genommen, der 22 Wochen lang geführt wurde. Die Unternehmer hatten arbeitswillige Italiener in großer Anzahl heringeschafft, wobei besonders die Polizei willige Helfersdienste leistete. Natürlich stieg die Erbitterung der Streikenden. Als nun wieder einmal ein solcher Schub Italiener von Halle aus mit dem Zuge ankam, versuchten einige der Streikenden die Italiener von dem Streik zu unterrichten und zur Rückkehr zu bewegen. Polizei- und Bahnbeamte legten sich ins Mittel — und dabei soll es zu einem kleinen Tumult gekommen sein, der zur Anklage führte. Dem Tumult auf dem Bahnhofsperron ist ein zweiter, größerer auf dem Bahnhofsvorplatz gefolgt. Das hatte alles schon die Strafkammer im Auge gefaßt. Die Strafkammer erklärte sich bei einem Teile der Angeklagten für unzuständig, da Landfriedensbruch vorliegen könnte. Angeklagt waren die Maurer Heinemann, Groß, Grün, Menge, Dohel, Jäger, Vogt und die Bauarbeiter Rudolf und Beck. Sie sollen sich des Auftrubs, Landfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruchs, der Verleumdung und des Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Die Verteidigung führten die Rechtsanwälte Zander (Erfurt), Landsberg (Magdeburg) und Gutschmann (Gotha). Geladen waren 26 Zeugen. Die neun Angeklagten bestritten, sich irgendwie einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Sie wollen teilweise überhaupt nicht in der lärmenden Menge auf dem Bahnhofsperron gewesen sein, teilweise wollen sie in ruhiger geistlicher Weise auf die ankommenden Italiener eingeredet und nirgends Gewalt gebraucht haben. Nach den freilich sehr ungenügenden Aussagen der Zeugen — meist Polizei- und Bahnbeamte — haben sich die Vorgänge an dem fraglichen Abend auf dem Bahnhofsperron ungefähr so abgepielt: Vor Anfuhr des Zuges, der die Italiener bringen sollte, sind einige der streikenden Maurer nach dem Bahnhofsperron gekommen. Hier war schon der Maurermeister Großmann mit zwei seiner Agenten anwesend. Die Polizei und der diensttuende Oberbahnassistent waren schon von der Anfuhr der Italiener unterrichtet worden. Der letztere hatte sich auf Erhalten bereit erklärt, die Italiener einen anderen Ausweg nach der Stadt nehmen zu lassen. Hierauf verhielten die Streikenden an die aussteigenden Italiener heranzukommen. Daran wurden sie vornehmlich durch das Dazwischentreten der Polizei gehindert. Man suchte die Beamten beiseite zu drängen. Bahnbeamte kamen der Polizei zu Hilfe, die Italiener wurden in die Wagen zurückgedrängt, Kufe wie: Weiter fahren! Wir bezahlen! Hier ist Streik! fielen und so entwickelte sich in wenigen Minuten eine turbulente Szene, wobei wohl ein Schieben und Drängen entstand, doch niemand irgendwie verletzt wurde und nichts zertrümmert worden ist. Die Polizei hatte inzwischen Verstärkung erhalten und so konnten die Andringenden zurückgehalten und die Italiener nach der anderen Seite des Wagens herausgelassen werden. Sie wurden über das Geleise nach dem gegenüberliegenden Güterbahnhofen gebracht, um von da nach der Stadt geführt zu werden. Die Maurer gingen sofort in das Innere des Bahnhofes, um ins Freie zu gelangen und so die Italiener doch noch fassen zu können. Dabei entwickelte sich der zweite, weit größere Tumult, der schon vor der Strafkammer erledigt worden ist. Der Staatsanwalt beantragte, bei sechs der Angeklagten Aufruhr und Landfriedensbruch zu bejahen und die übrigen drei freizusprechen. In glänzenden Verteidigungsreden traten die Verteidiger der staatsanwaltlichen Auslegung der Aufruhr- und Landfriedensbruch-Paragrafen entgegen. Die Geschworenen bejahten aber diese beiden Hauptfragen bei vier Angeklagten. Nachdem der Staatsanwalt Gefängnisstrafen bis zu 10 Monaten beantragt hatte, wurde Nachts 1 1/2 Uhr folgendes Urteil verkündet: Heinemann und Rudolf je 7 Monate Gefängnis, Vogt 7 Monate 1 Woche Gefängnis, Groß und Grün je 3 Monate, Dohel 2 Wochen Gefängnis; Beck, Menge und Jäger wurden

„Das ist ein Geständnis, was mich ebenso sehr betrübt wie erfrönt.“ — Ich erkenne,“ fuhr er mit einem Seufzer fort, „das alles, was ich hoffte, dadurch zertrümmert wird. — Ihr wißt nicht, wie mich das schmerzt; Ihr wißt nicht, was ich dabei empfinde. — Ich bin ein unglücklicher, veremfanter Mann. Viele sind es, die mich hassen und mir fluchen, weil ich ein schweres Amt erfülle, das Amt eines Richters und Rächers in diesem mit blutigen Verbrechen bedeckten Volke. Ich bin der Schrecken aller Verbrecher geworden, allein nur dadurch konnten Ehron und Alker erhalten werden! Das ist mein Trost, wenn ich zu Gott bete, mir meine Sünden zu vergeben, und meine Hoffnung, die mich geduldig Pohn und Berachtung ertragen läßt. — Mögen sie mich hassen, wenn nur ein Herz mich liebt, wenn nur ein Wesen unter den vielen Millionen an mich glaubt. — Und dies eine Wesen habe ich gesucht seit Jahren. — Ich meine es gefunden zu haben! Ich nahm es auf, als es zitternd vor mir lag, als ein Finger hinreichte, es zu vernichten. Ich liebte es und zog es groß. Ich hütere es mit der Sorgfalt eines Gärtners, ich verwahrte es als einen kostlichen Schatz; ach, ich wollte nichts von ihm als Mitleid, Dankbarkeit, Freundschaft, und nun — nun!“ Jeffreys hatte die Arme über die Brust gekreuzt; er bestete die Augen starr auf den Boden und murmelte die Worte dumpf vor sich hin, wie im vergehenden Selbstgespräch.

Er schien eine Antwort zu erwarten, allein die junge Dame zog es vor zu schweigen. — „Lätitia“, jagte er sich anrichtend. „Sie haben mich arg getäuscht, aber ich verzeihe Ihnen. Mögen Sie Ihren Reueungen folgen, ich werde kein Hindernis mehr sein. Morgen werde ich den König bitten, mich dieser Vormundschaft zu überheben.“

„Wollen Sie das wirklich tun?“ fragte sie in einem Tone, der Freude und Zweifel ausdrückte.

„Wie Ihre Augen glänzen!“ erwiderte der Lord. — „O! dieser glückliche Pohn. Ja, ich will es tun, weil ich es muß. Aber wie war es möglich, daß er bis hierher gelangen konnte?“

„Es ist niemals hier gewesen.“ erwiderte Lätitia.

„Nicht? Allein drangen auf dem Gange am Kreuzsaal.“

— Die kam er dorthin, wie herzu und hinaus?“

„Ich weiß es nicht.“

„Sie wissen es nicht?“ sagte Jeffreys. „Sie hegen noch Mißtrauen! Das ist nicht recht an mir gehandelt,

doch ich will weiter fragen. Als Sie vor einer Stunde von ihm Abschied nahmen, höchst zärtlich und höchst poetisch, sprachen Sie: „Erit wenn ich von diesem entsetzlichen Bösewicht — er deutete mit dem Finger auf sich — von diesem nichtswürdigen Tyrannen befreit bin, wird mein Herz leichter schlagen.“ — Ich vergebte Ihnen auch diese harten Worte, mein armes Kind. Er aber tröstete Sie mit der Tätigkeit Ihrer Freunde, die heut abend noch eine Versammlung halten. Ich muß fürchten, daß ein Verbrechen im Werke ist und mein Haus überfallen werden soll.“

Eine dunkle Röte des Schrakens und Schreckens überflog Lätitia's Gesicht. — „O nein, gewiß nicht,“ rief sie. „Es war davon nicht die Rede, und wenn ich sagte — ich weiß nicht, was ich sagte.“

„Beruhigen Sie sich,“ rief Jeffreys lächelnd; „Worte sind Schall, ich weiß, was sie bedeuten. Aber um uns zu versöhnen, sagen Sie mir, was in jener Gesellschaft geschehen soll?“

„Ich weiß von keiner Gesellschaft,“ erwiderte sie noch verlegen. „Nur einige Freunde Williams — sie wollten zusammenkommen.“

„Wo?“ fragte er hastig, und wer sind diese Freunde?“

„Auch wenn ich sie kannte, Mylord, so würden Sie die Namen doch nicht von mir erfahren“, erwiderte sie, entschlossen ihm die Stirn bietend.

„Ich glaube es“, erwiderte er, „aber vielleicht gibt mir dies Papier eine bessere Antwort.“ — Bei diesen Worten griff er rasch nach einem zusammengefalteten Blatte, das dicht bei der Harfe am Boden lag und von Lätitia's Fuß und Kleidern größtenteils bedeckt wurde.

Jeffreys hatte es längst bemerkt und seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet. Sie hatte es gelesen und zehnmal wieder gelesen, wie es Mädchen mit Liebesbriefen machen, dachte er. Als ich herein trat, ließ sie es fallen und suchte es zu verbergen. — „Der damit,“ rief er und riß es unter ihrem Fuß hervor, der es hastig fortzog. Sie haschte danach und ergriff seinen Arm; er nahm es in die andere Hand, hielt es empot und lachte laut auf, als er ihr zorniges Gesicht sah.

„Wer gibt Ihnen das Recht, sich meiner Briefe zu bemächtigen?“ rief sie mit großer Festigkeit; „welcher Mann überhaupt hat das Recht, so gegen eine Dame zu handeln?“

— Sie geben vor mich zu lieben? Ah, was sage ich da! Den unwürdigen Behandlungen preisgegeben, bin ich eine

Gefangene, die selbst in ihrem Kerker verfolgt und mißhandelt wird.“ —

Noch immer lachend hatte der Lord sich einige Schritte zurückgezogen und, ohne auf diese Anklagen zu achten, das Papier entfaltet. Beim ersten Blick aber, den er hinein tat, wurde er ernsthaft, und sein Gesicht drückte Erstaunen und satanische Freude aus.

„Was ist das?“ rief er. „Burnet hat diesen Brief unterzeichnet! Doktor Burnet, Gilbert Burnet, der Hochverräter, der Geächtete!“

„Doktor Burnet war der Freund meines unglücklichen Vaters und meines ebenso unglücklichen Veters“, sagte Lätitia ruhig.

„Arme Lätitia“, las Jeffreys, „halten Sie sich ruhig, es wird alles gut werden. Sie sollen weiter von mir hören. Das übrige sagt mein Vete. Gilbert Burnet.“ — „Wer ist sein Vete?“ Wer hat diesen Brief gebracht? — „Der Schurke Howe!“

„Nein“, erwiderte die Dame. „Er ist kein Schurke. In seinem Namen gebe ich Ihnen dies schmachvolle Wort zurück.“

„O, mein liebes Püppchen!“ sagte der Kanzler, „dieser Brief verändert freilich die Umstände. Wer mit Hochverräter umgeht, wer sie verbirgt, wer von ihren Plänen Kenntnis hat und es der Obrigkeit nicht an gibt, der hat langjährige Kerkerstrafe und selbst das Leben verwirkt. — Wollen Sie mir sagen, wie Sie zu diesem Briefe gekommen sind?“

„Nein“, erwiderte Lätitia.

„Es gibt Mittel, solche Lippen zu öffnen,“ fuhr er fort. — „Der Tower hat noch Kerker genug, in denen schon mehr wie ein trotziges Mädchen zahn gemacht wurde.“

„Herr Kanzler von England,“ sagte sie lächelnd, „sparen Sie alle Überredungen und alle Drohungen. Wollen Sie mich einsperren und richten lassen, so zweifle ich nicht daran, es wird geschehen. Viele unschuldige Menschen haben erfahren, daß ihr Angstfuß um Hilfe und Gerechtigkeit vergebens war. Gott läßt es in seiner unerforschlichen Weisheit zu, daß grausames Unrecht ausgeübt werde; seine Rache kommt oft langsam, aber sie kommt. — Heut erst haben wir gesehen, wie endlich das Licht der Wahrheit durch die Nacht der Verbrechen bricht. Die Missethäter sind freigesprochen, die Macht der Lüge wankt.“ (Fortf. folgt.)

freigesprochen. Revision wird jedenfalls gegen das Urteil eingelegt werden.

Ein Greiferepaar. Der Sensationsprozess gegen den ehemaligen Teufelsbühnenbesitzer August Wölfl und dessen Frau Josephine wegen Erpressung auf Grund des § 175 des Reichsstrafgesetzbuches, begangen an dem Münchener Rechtsanwalt Wölfl, ist nach zweitägiger Verhandlung vor dem Landesgericht München I zu Ende gegangen. Das Gericht erkannte gegen August Wölfl auf 5 Jahre Zuchthaus, 3000 Mk. Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, gegen Josephine Wölfl auf 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Rechtsanwalt Wölfl erhielt wieder einen anonymen Greiferepaar, den er sofort der Polizei übergab.

Seine Majestät der Schuchmann. Der Pferdewärter Georg Drescher in Nürnberg fuhr am 9. Oktober v. J. mit der Ludwigsbahn nach Nürnberg. Im gleichen Wagenabteil saßen auch ein Sanitätsfeldwebel und zwei weitere Zivilisten, von denen sich der eine nachher als der Schuchmann Elzemann von Nürnberg entpuppte. Während der Fahrt benahm sich die drei Genannten skandalös. Einer setzte sich in rohester Weise auf den Schoß der Frau Drescher und als sich der Drescher diese Ungezogenheit verbat, wurde er beleidigt und die drei Herren benahmten sich noch unverschämter. Beim Aussteigen in Nürnberg-West fiel, so behauptet die Frau Drescher, der Schuchmann Elzemann über sie her, warf sie auf den Boden und legte sich auf die Frau. Um diesen Angriff auf die Person und um die Ehre seiner Frau abzuwehren, schlug der Schuchmann dem Schuchmann mit dem Stock ein paar mal auf den Schädel und schrie zugleich nach der Polizei. Der ungezogene Mensch besaß nun den Mut, sich selbst als Polizei, als Schuchmann vorzustellen und den Schuchmann zu verhaften (!), um ihn allerdings bald wieder laufen zu lassen. Nun saß der Schuchmann auf der Anklagebank — sollte man glauben. Das war aber nicht der Fall! Angeklagt war Drescher, weil er die kolossalen Noheiten des Schuchmannes gegen seine (Drescher's) Frau mit Stockschlägen abwehrt! Das Gericht sprach den Schuchmann Drescher von der Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Körperstörung allerdings frei, von einer Anklage gegen den Schuchmann ist aber noch nichts bekannt geworden.

Ein Kasernebild elchastester und abscheulichster Art, das man unter Kasernebildern nicht für möglich halten sollte, wurde in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht Dresden aufgerollt. Der Oberjäger Karl Anton Quaas vom Freiburger Jägerbataillon hatte in der Kaserne Schütze einen etwas „pomadigen“ Soldaten namens Schütze. Am 4. Dezember, abends gegen 6 1/2 Uhr, betrat der Oberjäger plötzlich die Mannschafstube. Schütze stand nachlässig an dem geöffneten Schrank und trank Kaffee. „Soll ich Ihnen vielleicht auch noch 'nen Schemel herholen?“ ulkte Quaas höhnisch den Soldaten an. Dann ergriff er einen Schemel und drückte ihn mit einem Ruck darauf. Daß der Soldat bei dieser Prozedur stark hintenüber flog, sei nur nebenbei erwähnt. „Wollen Sie vielleicht auch noch 'nen Topp Kaffee?“ fragte er dann. Schütze ließ sich nicht aus der Ruhe bringen und akzeptierte das Angebot. Als er aber den Topp zum Munde führen wollte, schlug der Oberjäger an das Gefäß, daß sich die braune Flüssigkeit im Bogen über den Soldaten ergoß. Quaas wußte, daß der Soldat ein schwacher Kauger war; er bot ihm höhnisch lächelnd eine Zigarette an. Die anderen Mannschaften mußten Schütze Feuer hinhalten, und Schütze war zum Rauchen verdammt. Auf höheren Befehl. Die Stabilität des Soldaten reizte aber den Unteroffizier immer mehr. Jedenfalls um ihn „Beine“ zu machen, hieß er ihn auf einen Schrank klettern, die anderen Soldaten mußten auf Befehl nachschießen. Bei dieser Kletterübung mußte Schütze immer fort rauchen, und zwar aus einer Pfeife. Von einem Schranke ging auf den anderen — immer rauchend. Sobald die Pfeife auszugehen drohte, wurde dem Soldaten Feuer gegeben, war sie ausgebrannt, mußten die anderen Mannschaften sie wieder frisch mit Tabak füllen. Dem armen, zum Rauchen verdammt und auf dem Schranke sitzenden Jäger wurde schließlich, der kalte Schweiß hand ihm auf der Stirn. Aber es mußte nichts, er mußte weiter qualmen; immer auf Befehl. Dann mußte er sein Zeug herzeigen, ob's gut gepuht sei. Angeblich soll dies nicht der Fall gewesen sein. Der Oberjäger gab darauf den Mannschaften den Befehl, die Sachen Schützes zu pugen; als Äquivalent für diese Arbeit sollten sie ihm an anderen Tagen die „Fresse vollhauen!“ Die Kameraden pугten Sachen, besaßen aber im Punkte „Fresse vollhauen“ den Befehl des Vorgesetzten nicht. Die Hufe Schützes erwies sich als nicht vorchriftsmäßig; er mußte sie sofort ausziehen und zum Reparieren abgeben. Nun stand er in der Unterhose in der kalten Stube; infolge der Kälte begann seine Nase zu „laufen“. Das Zischgeräusch war in der abgegebenen Hufe verblieben; Schütze war nicht imstande, eine Reinigungsprozedur an seiner Gesichtszierde vorzunehmen. „Schnäuzt ihm einmal die Nase!“ Aber vorchriftsmäßig!“ tönte des Oberjägers Stimme. Die Soldaten kamen dem Befehl sofort nach, und im Nu war Schütze „geschnäuzt“. Doch die Leiden des Soldaten waren damit noch nicht erschöpft; der Oberjäger hatte entdeckt, daß er „dreieckige Flossen“ habe. „Was ist ihm einmal die Finger, aber mit der Wurzelbürste!“ ertönte das Kommando. Während der Prozeduren hatte sich der Oberjäger fertig zum Ausgehen gemacht und gab Schütze noch vor Verlassen der Stube den Befehl, sich bis 10 Uhr an den Tisch zu setzen und zu lesen. Ein anderer Soldat mußte aufpassen, ob der Befehl auch richtig ausgeführt werde. Gegen 8 1/2 Uhr mußte sich Schütze infolge des überreichlichen Tabakgenusses erbrechen. Man rief ihm, ins Bett zu gehen; er wagte es aber ans Rückst auf den erhaltenen Befehl nicht. Am nächsten Tage fühlte sich der Soldat krank, er litt an heftigen Kopf- und Magenbeschwerden und mußte sich revidieren krank melden. Dadurch gelangte die Sache zur Kenntnis der Vorgesetzten. Einen Nachteil an seiner Gesundheit soll der Soldat nicht erlitten haben. (!) Die Anklage lautete auf Mißhandlung in Verbindung mit Mißbrauch der Dienstgewalt. Als „Strafe“ wurden — drei Wochen Mittelarrest ausgeworfen. Der Gerichtshof nahm statt Mißhandlung nur „unvorschriftsmäßige Behandlung“ und Aufstiftung Untergebener durch Befehlserteilung an. Drei Wochen Mittelarrest, statt den scham- und erlösen Menschenquälern nach ereignisreicher Strafe aus der Truppe hinauszuerwerfen! Es ist sicher, daß solche Vorgänge viel mehr aufreizend gegen den Militarismus wirken, als alle antimilitaristische Agitation.

Die Polizei ist nicht parteiisch. Dies suchte man dem Redakteur Leopoldt vom Palleischen Volksblatt, so berichtet man von dort, dadurch begreiflich zu machen, daß man ihn vom Palleischen Schöffengericht zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilte. Die Zeiger patriotischen Turner und die freien Gewerkschaftler hatten zu einem bestimmten Sonntage Aufzüge angemeldet. Den Aufzug der Turner genehmigte man und den der freien Gewerkschaften verbot man. Dieses Verhalten der Polizei bezeichnete unser Genosse im „Volksblatt“ als parteiisch. Am nun seine Freisprechung

zu erzielen, legte Leopoldt bei der Strafkammer Berufung ein. Dort sagte nun der Staatsanwalt, die Polizei hätte doch nur an einem bestimmten Sonntage, das mit keine Konflikte entstehen können, den Gewerkschaftsaufzug verboten. Genosse Leopoldt erbot sich aber, nachzuweisen, daß dieselbe Polizei auch an einem anderen bestimmten Sonntage solchen Aufzug verboten habe. Das Berufungsgericht bestätigte aber die Geldstrafe von 200 Mk. Also nicht bloß das Schöffengericht, sondern auch die Strafkammer hat gelagt, die Polizei ist nicht parteiisch. — Ob das viele Leute glauben werden?

David Friedrich Strauß.

Geb. 27. Januar 1808.

Die württembergische Stadt Ludwigsburg ist die Schöpfung eines schwäbischen Sultans, der sie in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts ins Leben rief, als ein Trug-Stuttgart, um die alte Hauptstadt des Ländchens dafür zu strafen, daß sie seiner Dirne nicht die gebührende Reverenz machen wollte. Das ganze 18. Jahrhundert hindurch blieb Ludwigsburg ein künstliches Gewächs, eine Art Theaterkulisse, schnell aufgebaut und schnell verfallend, aber damals schon ist es von Bedeutung für die deutsche Literatur geworden.

Hier in Ludwigsburg sah der Knabe Schiller das höfische Treiben jenes anderen schwäbischen Sultans, der ihm seine Jugend so arg verüßelt hat, das höfische Treiben, das in „Kabale und Liebe“ verewigt ist, und in seinem anmutigen „Bilderbuch aus der Knabenzeit“ hat Justinus Kerner, der kleine Poet und große Klopffestlicher, seine Geburtsstadt geschildert, dies „Louisburg“, das heute eine schimmernde Fürstenerbsitzung war und morgen eine verlassene „Grasburg“, wo sich in Gärten und Parks die Hofleute in seidnen Fräcken, Haarbeutel und Degen drängten, und dann auch das „Kapregiment“ die Schloßallee herabmarschierte, unter den Klängen von Schuberts Liebe: Auf, auf, ihr Brüder, und seid stark, der Abschiedstag ist da; wir müssen über Land und Meer ins heiße Afrika. Es waren tausend Landeskinder, die der elende Herzog an die Holländer verkauft hatte.

Am ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts aber wurden als Ludwigsburger Kinder geboren Eduard Mörike, Friedrich Theodor Vischer und David Friedrich Strauß. Ihnen allen war die schwäbische Eigenart gemeinsam: Kraft und Weichheit in eigener Mischung; jeder war auch ein Stück von einem Dichter, wenngleich in verschiedenen Ausmaßen. Sie alle schlugen, wie es einst der Knabe Schiller beabsichtigt hatte, die theologische Laufbahn ein, was in Schwaben, umgekehrt wie im sonstigen Deutschland, eher auf ein starkes, als auf ein schwaches Rückgrat schließen ließ, und sie alle haben es dazu gebracht, die Kanzel zu besteigen, um dann wieder zur freieren Menschenerde herabzusteigen. Aber ihre höfische Heimat Ludwigsburg hat ihnen allen auch eine gänzliche Verkümmierung der politischen Mannesorgane mit auf den Lebensweg gegeben.

Strauß zählte noch dreißig Jahre, als er im Jahre 1835 sein Jesu veröffentlichte. Es war nicht der Absicht, sondern der Wirkung nach eine revolutionäre Tat; wie es Luther einst mit den Theisen gegen den Ablass, die er an die Tür der Schloßkirche von Wittenberg schlug, in der Tat nur auf ein bloßes Mönchsgezüg abgesehen hatte und selbst am meisten darüber verwundert war, daß sie wie ein Blitz in ein offenes Pulverfaß schlugen, so hatte auch Strauß nur eine rein historische Arbeit beabsichtigt, als er die Grundzüge der dialektischen Kritik, die er von Hegel gelernt hatte, auf die evangelische Geschichte übertrug. Nicht daß er mit ihrer historischen Wahrheit gründlich aufräumte, war das Entscheidende; das hatten vor ihm schon viele andere getan, und auch für Hegel war diese historische Wahrheit eine längst abgetane Sache gewesen, aber wie Strauß seine kritische Aufgabe löste, das schreckte die romantische Reaktion aus der selbstgefalligen Sicherheit auf, in die sie sich seit zwanzig Jahren eingekerkert hatte. Es war sozusagen der erste Kanonenschuß, der auf ein Heer abgefeuert wurde, das nur mit runden Speeren und Spießen kämpfen konnte; von diesem Schuß zitterten der romantischen Reaktion alle Glieder, und wie sehr sie dabei vom Instinkt der Selbsterhaltung befeuert war, bewies die Kanonade, die nunmehr anhub und bald nicht nur über das religiöse Gebiet, sondern auch das politische und soziale Gebiet legte.

Den Kanonier aber, der den Schuß abgefeuert hatte, erschreckte auch das Echo dieses Schusses. Strauß hat seinen ersten und größten und im Grunde sogar einzigen Erfolg nie völlig verwunden. Es ist für jeden Schriftsteller, ja für jeden öffentlich wirkenden Mann, eine zweischneidige Sache, wenn sein erstes Hinaustreten in die Öffentlichkeit von einer überwältigenden Wirkung begleitet wird; dadurch werden Ansprüche erweckt, die zu befriedigen sehr schwer, und die zu übertreffen oft unmöglich ist. Bei Strauß kam hinzu, daß er einen Kampf auf großem Maßstabe führen sollte, während er doch keine Kampfnatur war. Der heftige Widerstand, auf den sein Leben Jesu stieß, erschütterte selbst seine Überzeugung, und in den nächsten Auflagen seines Buches machte er seinen Gegnern große Einräumungen, die er später selbst bitter bereut hat. Er war nichts weniger als eine feige, aber er war eine — im hohen Sinne des Wortes — zaghafte Natur; er gestand selbst, daß ihm, bei allem natürlichen Verlangen nach der Freude des Lebens, doch die rechten Organe fehlten, sich des Lebens zu bemächtigen; er habe sich zum Leben eigentlich immer nur elegisch und sentimental verhalten, die rechte Lebensfreude und Lebenslust nie empfunden.

So schlug er sich auch im Jahre 1848 zur Reaktion. Selbst die guten Ludwigsburger, die ihn in den württembergischen Landtag gesandt hatten, schickten ihm ein Mißtrauensvotum, als er die Ermordung Robert Blums zu beschönigen versuchte. Danach trieb er zwanzig Jahre lang eine Schriftstellerei, die Engels einmal verwerfend als „philosophische und kirchengeschichtliche Belletristik“ gekennzeichnet hat. Dies Urteil begreift sich, wenn man die Schriften von Strauß aus dieser Zeit mit dem Leben Jesu vergleicht; an sich aber sind namentlich die Biographien Schuberts, Frischlins, Hutten und Voltaires doch mehr als bloße Belletristik. Am gelungensten ist wohl die Biographie Hutten, wenn sie auch an dem Grundfehler leidet, daß Strauß nichts davon ahnt, was Hutten

historisch gewesen ist, nämlich der theoretische Vorkämpfer des niederen Adels; den Humanisten und den Kämpfern gegen Rom wird sie vollkommen gerecht. Aber die Belletristik ragen die Schriften schon deshalb empor, weil sie „Rettungen“ im Lessingschen Sinne des Wortes waren und Kämpfer- oder auch Bildungsnaturen aus allerlei landläufigen Vorurteilen erlösten; Strauß meinte, solche Naturen zögen ihn unwillkürlich, da sie seiner eigenen Natur so ganz entgegengesetzt wären.

Bei aller Schwachheit aber drückte ihn doch die Empfindung, nicht auf der Höhe seiner Anfänge geblieben zu sein, und so entstand ihm das Verlangen einer „letzten Abschlagszahlung“, die seinem Leben Jesu gerecht und gleichwertig sei. Er veröffentlichte die Schrift über den alten und den neuen Glauben, die ihm ein Bekenntnis war und dem modernen Menschen eine Art Lebensbreitener sein sollte. Bis zu einem gewissen Grade oder doch in einem gewissen Sinne erreichte Strauß seinen Zweck. Im Jahre 1872, wo diese Schrift erschien, war sein Name, wie einst im Jahre 1835, der meist umstrittene in der deutschen Grenze, wenn auch nicht mehr für Monate und Jahre, sondern nur noch für Tage und Wochen. Und im Grunde stelen die Lose seiner letzten Schrift doch gerade umgekehrt, wie sie seiner ersten Schrift gefallen waren. War das Leben Jesu eine nicht der Absicht, aber der Wirkung nach revolutionäre Tat, so sollte der alte und der neue Glaube der Absicht nach revolutionär sein, aber der Wirkung nach wurde er es nicht.

Nur in religiöser Beziehung war Strauß fortgeschritten, indem er das Christentum als völlig tot für die moderne Entwicklung erklärte und sich zum naturwissenschaftlichen Materialismus bekannte; der dritte Abschnitt der Schrift, der eine klare und knappe Darstellung des Darwinismus gibt, ist entschieden ihr bester. Allein die politische und soziale Entwicklung von vier Jahrzehnten war spurlos an Strauß vorbeigegangen; mit seiner Bekämpfung des allgemeinen Stimmrechts, mit seiner Verurteilung der Arbeiterbewegung, mit seiner Verherrlichung der Todesstrafe und der Monarchie hatte sich die politische Romantik von 1835 ganz gut einverstanden erklären können; es hieß sogar ihren eigensten Glauben bekennen, wenn Strauß schrieb: „In der Monarchie ist etwas Rätselhaftes, ja etwas scheinbar Absurdes, doch gerade darin liegt das Geheimnis ihres Vorzugs. Jedes Mysterium erscheint absurd, und doch ist nichts Tieferes, weber Leben noch Kunst noch Staat, ohne Mysterium.“ Es lohnte sich wahrhaftig, das Mysterium von Jesus Christus zu zerstören, um das Mysterium vom alten Fritz und vom alten Wilhelm zu verkünden.

Ein Glück, daß die jatten Glückspilze des neuen Deutschen Reiches auch nicht einmal den religiösen Radikalismus vertragen mochten. Sie stürzten wie die Bercker über Strauß her, Strauß selbst wies in einem Nachwort zu einer Neuauflage seines Buches auf die sozialdemokratischen Blätter hin, die bei aller Ablehnung seiner politischen Ansichten doch seine philosophischen Ausführungen jachlich zu würdigen gewußt hätten, ganz im Gegensatz zur „gebildeten“ Bourgeoisepresse.

Es war sein letztes Wort in der Öffentlichkeit. Gleich darauf ergriff ihn die schwere Krankheit, die binnen Jahresfrist sein Ende herbeiführte. Dem Tode sah er mit philosophischer Ruhe entgegen, und in seinem Schatten fand er die Veröhnung mit sich und der Welt, die ihm im heißen Getümmel des Lebens verlagert geblieben war. So erfüllte sich ihm, was er in seinem letzten Gedicht gewünscht hatte:

Heute heißt's: verglimmen
Wie ein Licht verglimmt,
In der Luft verschwimmen,
Wie der Ton verschwimmt,
Wäge schwach wie immer,
Aber hell und rein
Dieser letzte Schimmer,
Dieser Ton nur sein.

(Franz Mehring in Nr. 17 der „Neuen Zeit“)

Aus Nah und Fern.

Terrorisierende Ordnungsmänner. Gelegentlich der im Wahlkreise Gernersheim-Bergzabern stattgefundenen Nachwahl, wo der Blockkandidat Cronauer mit 14 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, kam es in den Orten Steinfeld, Schweighofen und Kapfweier (Zentrumsdomänen) zu Ausschreitungen gegen die Kontrollmänner des Blocks. Die letzteren wurden aus den Wahllokalen, wie die liberalen Blätter melden, hinausgeworfen, die Gassen wurden mit Steinen beworfen und die Wagenfenster zertrümmert. Die Gendarmerie mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Da die sozialdemokratischen Wähler sich nicht an der Wahl beteiligten, ist man sehr gewandt, wie die Untersuchung und das eventuelle Gerichtsurteil ausfällt, da ausgesprochene „Ordnungshelden“ es waren, die sich an den Ereignissen beteiligten.

Eine heitere Episode. so berichtet man unterm 28. Januar, spielte sich heute vor dem Halkischen Schöffengericht ab. Ein Bergarbeiter Thomas von Osendorf hatte seinen Sohn mit seinem Leibriemen von Osendorf der Kothling jenen Nieren zum Befestigen seiner Hose bei dem Termin um den Leib geschnallt hatte, forderte man das Ding zur Befestigung. Thomas mußte sein Urteil mit der Hose in beiden Händen — ein köstliches Bild für die Zuschauer — entgegen nehmen und getret bei der geringsten Handbewegung in die Gefahr, das Beinkleid zu verlieren. Wie das nun so üblich ist, sprach aber das Gericht auch die Beschlagnahme und sofortige Einziehung des Nieren aus. Da man aber ein öffentliches Ärgerniß befürchtete und den Angeklagten mit der lockeren Hose nicht bis ins Dorf laufen lassen konnte, mußte man wohl oder übel die Beschlagnahme wieder aufheben und dem Nieren den Nieren einhändigen.

Welche Lust, Soldat zu sein! Das Divisionsgericht in Trier verurteilte den Feldwebel Dietze von 4. Grenadierregiment wegen Soldatenmißhandlung in 280 Fällen zu neun Monaten Gefängnis. — In der Nacht erschloß sich vor der Drahtkammer in Würzburg ein auf Posten stehender Infanterist des 9. Infanterieregiments wegen einer kurz vorher vom Militärgericht gegen ihn ausgesprochenen Strafe.

Die volle Kompottschüssel des Polizeibieners. In Nürnberg wird berichtet: Er schossen hat sich in Altdorf der Polizeisoldat Hermann. Nachrufsforscher haben ihn, weil sein monatliches Gehalt von 60 Mk. für eine vierköpfige Familie nicht ausreichte, zu Unterjungen städtischer Gelder verleitet.

Der Muggelsee-Förster erschossen. Einer der bekanntesten Förster im Berliner Vorortgebiet, Förster Schwabenstein von der Försterei Muggelsee in der Oberförsterei Köpenick, ist wie wir bereits am Sonnabend melbete in der Nacht zum Donnerstag vor etwa hundert Meter vom Forsthaus entfernt, mitschlings erschossen worden. Zwei schwere Schrottschüsse, einer in den Rücken und einer in das Gesicht, streckten ihn tot zu Boden. Der Förster Schwarzenstein verließ Mittwoch das Forsthaus, um seine Post von der Rahnsdorfer Mühle abzuholen. In einer Gastwirtschaft traf er einige Bekannte, mit denen er bis 10 Uhr zusammenblieb. Dann begab er sich auf den Heimweg. Unterwegs kehrte er noch einmal in der Gastwirtschaft „Paradiesgarten“ ein, von wo er um 12 1/2 Uhr aufbrach. Er ging nach Friedrichshagen zu nach seinem Forsthaus. Eine Viertelstunde darauf fielen zwei Schüsse, die von verschiedenen Leuten gehört, aber weiter nicht beachtet wurden. Donnerstag früh fand man die Leiche des Försters auf. Der Erschossene lag mit abgestreiften Beinkleidern vornüber mit dem Gesicht auf der Erde. Entweder hatte er sich, als er die beiden todbringenden Schüsse erhielt, hingeseht, um ein Bedürfnis zu verrichten, oder er hat die Kleider noch abgestreift, um mit der Hand nach den Wunden zu fühlen. Die Schüsse müssen nach der Lage der Leiche von Rahnsdorfer-Mühle her gefallen sein.

Die Breslauer Polizei kann sich das erlauben. Der ehemalige sozialdemokratische Vertrauensmann in Breslau, Zigarrenmacher Gustav Tize, war im Jahre 1900 nach Amerika ausgewandert, während ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen ihn schwebte. Er ist inzwischen zurückgekehrt, verurteilt worden und hat seine zwei Monate abgeleistet. Jetzt ist ihm jedoch noch eine neue Unannehmlichkeit passiert, weshalb die „Volkswacht“ den Gang der Geschichte noch einmal wieder vorführt: Im Jahre 1900 passiert das Vergehen gegen die Majestät.

Am 17. August 1907 stellt sich der Zurückgekehrte dem Staatsanwalt und wird sofort verhaftet.

Am 2. September 1907 wird gegen ihn verhandelt, das Urteil lautet auf zwei Monate fünf Tage Gefängnis, ohne Anrechnung der sechszehntägigen Untersuchungshaft. Vorläufige Entlassung.

Am 4. September Wohnungsausschreibung bei der Polizei. Der Verteidiger glaubt gehört zu haben, daß Tize als nicht böswilliger Majestätsbeleidiger der Begnadigung auf Grund des Geburtstagsurlaubes empfohlen werden soll. Nach anderthalb Monaten aber kommt die Einberufungsorder.

Am 29. Oktober 1907 tritt Gustav Tize seine Strafe an. Am 3. Januar 1908 Entlassung nach abgedienter Zeit.

Am 6. Januar Wohnungsausschreibung bei der Polizei.

Am 10. Januar 1908 sitzt unser Freund, der die Promptheit deutscher Rechtspflege gründlich kennen gelernt hat, gemächlich an seinem Arbeitstisch, als ein dienstbefähigter Schußmann neugierig durch die Fenster lugte und froh, den Vogel gefangen zu haben, dem nicht wenig verwunderten einen Haftbefehl unter die Nase hält. „Warum und weshalb? Ich habe doch nichts verübt?“ „Ja, mein Lieber — im Jahre 1900! Da war's doch, wo Sie...“ Alles erledigt, abgelesen! „Bedauere sehr, das geht mich nichts an! Bin in die Stiefel und los!“ Unser siebenjähriger Majestätsbeleidiger muß wieder mit ins Untersuchungsgefängnis. Dort protestiert er ganz energisch gegen seine neue Abführung und erreicht schließlich nach Verlauf einer Stunde seine Freilassung.

Jetzt sitzt unter Weiser Tize wieder an seinem Rolltisch und guckt ab und zu zum Fenster hinaus, ob nicht wieder ein Polizeifordon im Aumarkt ist, der ihn beim Wickel nimmt und wieder einmal nach Nummer Sicher bringt. Was jedenfalls in Breslau viel eher möglich ist, als daß man den Hand abhafter entdeckt.

Behördliche Willkür gegen Ausländer. Ein Glasmacher in Kinteln erhielt am 2. Januar d. J. vom Landrat des Kreises Grafschaft Schaumburg folgenden Ausweisungsbefehl:

„Der russische Staatsangehörige Glasmacher Karl B. . . am 31. Oktober 1874 zu Odnitz — Rußland — geboren, zur Zeit in Kinteln wohnhaft und dafelbst als Glasmacher tätig, wird, weil er sich durch sein Verhalten als lästiger Ausländer betätigt hat, hiermit aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen.“

Die Ausweisung erfolgt im Wege des Transportes über Hannover-Berlin nach der Reichsgrenzstation Thorn, und zwar am 15. d. M. mit dem 2 Uhr nachmittags in der Richtung nach Hannover abgehenden Zuge.

gez. Ditzfurth.“
Der Glasmacher, der sich nach der Ansicht des Landrats Ditzfurth als lästiger Ausländer betätigt, war seit 1899 in Deutschen Reich anständig. Er ist ein ruhiger, arbeitsamer Mann, der sich infolge seiner Braut bei seinen Arbeitskollegen des allerbesten Ansehens erfreute. Nun soll er sich „als lästiger Ausländer betätigt“ haben, da er an einer Flugblattverteilung teilgenommen hat. Das ist in den Augen der Organe des preussischen Staates ein so schweres „Verbrechen“, daß es nur mit der Ausweisung des ruhigen Mannes geahndet werden kann. Den Gipfel erklimmt diese unerhörte Ausweisungsaftion des Polizeiauftrages dadurch, daß kurzerhand diktiert wurde: „Die Ausweisung erfolgt . . . nach der Grenzstation Thorn. Der lästige Ausländer wäre demnach beim Überschreiten der deutschen Grenze unentrichtbar in die Arme der russischen Sargen gerannt. Diese unerlaubte Art der Ausweisung wurde verhindert, denn als die Polizei am 15. d. M. die Ausweisung des Glasmachers in das Land des Blutzaren vornehmen wollte, hatte der „lästige Ausländer“ den Staub der deutschen Straßen längst von seinen Pantoffeln geschüttelt. Mit Hilfe von Freunden war es ihm gelungen, denjenigen Staat zu fernem Aufenthalt zu wählen, den er als Zufluchtsstätte am geeignetsten hielt. In den Kreisen der Kollegen des Ausgewiesenen rief das rücksichtslose Vorgehen gegen B. lebhafteste Erregung und tiefgehende Erbitterung hervor. Wo sind nun hier die Hegez und Aufregler?“

Bergsteiges Wehl? Eine geheimnisvolle, langwierige und schmerzhaft Krankheit herrscht seit etwa zwei Jahren in Regenborn (Herzogtum Braunschweig) und den Nachbarorten. Ganze Familien erkranken daran, und man sieht die Häuser, weil man die Krankheit für Zypus ansah. Die Ärzte standen ratlos da, weil die Ursache der Krankheit nicht zu ermitteln war. Jetzt endlich scheint Licht in das Dunkel gekommen zu sein. Im Krankenhaus zu Holzhausen wurde aus den Entleerungen der Kranken Blutergüsse festgestellt. Es ist gelungen, in einer Wehlmühle den Keim der Krankheit zu ermitteln. Der Müller hat nämlich zur Verbesserung der Mühle ein Blei verwendet. Durch Umfrage wurde festgestellt, daß die von der Krankheit Befallenen ihren Mehlbedarf in der Nähe deckten, während solche Einwohner, die mit anderen Mühlen im Bezirk standen, gesund geblieben sind.

Die Schrotten vom Dampfer „Amerikaner“. Einer der Schrotten gab folgende Schilderung des Zu-

lammens: Nach der Abfahrt von Harwich war die Luft bis 2 Uhr morgens nebelfrei und klar. Gegen 2 1/2 Uhr fiel starker Nebel, der immer dichter wurde. Der Dampfer lief nicht mit voller Kraft, aber noch viel zu schnell bei dem Nebel, der immer undurchdringlicher wurde. Auf der Seite, auf der ich mich befand, hörte ich plötzlich lautes Schreien und sah in demselben Augenblick ein Licht auf einem dicht neben uns liegenden Dampfer. Zugleich gab es einen schweren Krach, der mir ohne weiteres klar machte, daß wir in diesen Dampfer hineingefahren waren. Der ganze Vorgang dauerte keine halbe Minute. Unser Dampfer fuhr weiter, und wir meinten, daß nichts passiert sei. Die Passagiere, die halb nachdenklich von allen Seiten herankommen wurden beruhigt. Man ließ die Rettungsboote herunter, viele Passagiere hatten bereits die Rettungsgürtel um. Der andere Dampfer blieb ruhig vor Anker liegen. Da dort alles ruhig schien, ging unser Dampfer wieder weiter, seine Schnelligkeit verringerte sich aber zusehends, und einige Herren bemerkten, daß die eine Seite sich senkte. Nun erließ der Kapitän Anordnungen zum Verlassen des Schiffes. Fünf Rettungsboote wurden heruntergelassen. Das Benehmen der Passagiere war durchaus angemessen, alles ging in voller Ruhe vor sich. Als das letzte Boot besetzt wurde, meinte ich, die Zeit sei gekommen, daß auch ich mich an dem Strick herunterließe. Die Ruffschale schaukelte mit ihren 28 Trossen recht bedeutend auf dem Meer, zudem herrschte dichter Nebel. Die See war aber ruhig, sonst wäre wohl keiner von uns mit dem Leben davon gekommen. Nach etwa 1 1/2 ständiger Herumdrehen erblickten wir endlich einen still liegenden Dampfer, den wir aus Leibeskräften anriefen, und mit Erfolg. Im Laufe weniger Minuten waren alle 28 Menschen auf sicherem Boden des Dampfers „Songa“. Hier empfing man uns mit offenen Armen und sorgte für uns auf alle mögliche Weise.

Eine gefallene Ordnungsmäße. John R. Walsh, der früher in politischer und finanzieller Beziehung die Rolle eines „Diktators“ von Chicago gespielt hat, wurde vom dortigen Bundesgerichtshof der Unterschlagung und Fälschung in 54 Fällen für schuldig erklärt. Seine Finanzoperationen haben nicht nur seinen eigenen Bankrott herbeigeführt, sondern auch den unter Leitung stehenden Chicago National und Chicago Home Saving Bank. Wie die als Sachverständige vernommenen Direktoren der Equitable Trust Company angeben, beläuft sich der Gesamtbetrag der durch Walsh verurteilten Summen auf nicht weniger als 7 Mill. Dollars. Walsh erklärte, er würde gegen das Urteil — das übrigens bis jetzt noch nicht gesprochen ist — Berufung einlegen. Er gibt zwar zu, daß technische Ungeheuerlichkeiten vorgekommen seien, führt aber zu seiner Entschuldigung an, daß auf andere Weise jede bankgeschäftliche Praxis unmöglich sei. Der Angeklagte behauptet, daß sein und seiner Banken finanzieller Zusammenbruch auf die Machenschaften seiner Feinde zurückzuführen sei, die ihn um 25 Millionen Dollars gebracht hätten. Walsh ist jetzt 71 Jahre alt; die Maximalstrafe, die wegen aller ihm nachgewiesenen Unterschläge und Fälschungen verhängt werden kann, beträgt 270 Jahre Gefängnis!

Vier Verbrecher von einer Bulldogge zerfleischt. Auf der Place Charéte in Paris drangen dieser Tage fünf Wachen in die Bodega eines Herrn Lapeyre und verlangten zu trinken. Als der Wirt ihnen dies verweigerte, zogen sie ihre Revolver heraus und wollten auf Lapeyre eindringen. Dieser rief aus dem Kontor einen Angestellten zu Hilfe, und der junge Mann eilte auch sofort herbei, gefolgt von der Bulldogge des Besitzers. Als diese ihren Herrn in Bedrängnis sah, sprang sie sofort auf den ersten Angreifer zu und machte sich, als dieser blutend am Boden lag, über einen anderen her. Sofort ergriffen die Verbrecher die Flucht, doch der Hund setzte ihnen nach. Im Garten vor dem Hause stellte er noch den dritten, und als auch dieser am Boden lag, verfolgte er die fliehenden Räuber und konnte auch vor der Tür den vierten erreichen, dem er beim Verlassen des Hauses die Ferse abbiß. In dem Aufkommen der beiden im Laden gefangenen Wachen wird gewarnt, da beiden die Kehle durchbissen ist, aber auch der dritte wird wohl seinen Einbruch mit dem Leben bezahlen müssen, da ihm der Unterleib aufgerissen wurde. Ein Weinhändler bot sofort die Summe von 20 000 Frank für die Bulldogge, doch dem Besitzer war sie nicht feil.

Die Vereinigten Staaten als zweite Seemacht. Nach einer soeben herausgegebenen Aufstellung der Senatskommission für Marineangelegenheiten werden die Vereinigten Staaten als Seemacht nur von England übertroffen. An 3. Stelle steht Frankreich, an vierter Deutschland, an fünfter Japan. Was die Erhaltung der verschiedenen Schiffe pro Jahr kostet, zeigt folgende Aufstellung: Ein großes amerikanisches Kriegsschiff 636 500 Dollar, ein gepanzertes Kreuzer 755 000 Dollar, ein geschützter Kreuzer 593 000 Dollar, ein Kanonenboot 115 000 Dollar, ein Torpedobootzerstörer 77 000 Dollar, ein Torpedoboot 51 500 Dollar, ein Unterseeboot 26 450 Dollar. In Marineposten haben die Vereinigten Staaten die geringste Zahl unter den fünf genannten Mächten: im Jahre 1907 waren auf den amerikanischen Schiffen 38 500 Mann inklusive Offiziere. Die Schiffe Großbritanniens haben einen Tonnengehalt von 1 821 610, die der Vereinigten Staaten 711 758, die von Frankreich 836 112, die von Deutschland 680 782, die von Japan 451 320. Frankreich besitzt die meisten Schiffe, nämlich 508, darunter aber 271 Torpedoboots und 99 Unterseeboote, während England unter seinen 454 Schiffen „nur“ 71 Torpedoboots und 48 Unterseeboote zählt. Die Vereinigten Staaten haben 168 Schiffe, darunter 32 Torpedoboots und 19 Unterseeboote. Deutschland hat 210 Schiffe, Japan 194. In großen Kriegsschiffen haben:

Großbritannien	56	mit 821 300 Tonnen
Vereinigte Staaten	29	406 146
Frankreich	27	368 461
Deutschland	23	358 461
Japan	18	191 498

Die Klärung. Aufknüpfend an die Meldung: Der Zentralvorstand der Freimüßigen Vereinigung ist am Sonntag zusammengetreten, um über die durch Fürst Bülow's Abtate in der Wahlrechtsfrage geschaffene Lage zu beraten, bringt die „Deutsche Tageszeitung“ folgendes Spottgedicht:

Sie waren zusammen vierzehn Mann.
In einem Omnibus fuhren sie an.
Und es entbrannte der Bruderstreit,
Da toasteten sie auf die Einigkeit.
Herr Detscher lobte den Kanzler sehr.
Herr Botthoff traut ihm durchaus nicht mehr.
Lang rann der Geeinigten Redebromm.
Dann fuhr ein Teil in der Droschke davon.
Herr Schröder sprach: „Was trennt ein Problem,
Über einig sind wir trogallebedem.
Herr Nauemann hob gegen Bülow den Stoß,
Herr Bogdanow sprach: „Ich bleib' im Bloß.“

„Seid einig!“ war sein letztes Wort.
Und wieder fuhr eine Droschke fort.
„Ohne Reichstagswahlrecht geht Preußen perdu“,
Sprach Gothein. Herrn Mommsen kommt es zu früh.
Herr Barth wurde rot im Drang des Gefechts.
Herr Broemel suchte den Anschluß rechts . . .
„Eine Droschke!“ . . . Dann Eintagheit wunderbar,
Weil keine Spaltung mehr möglich war.
Und als die Klärende Stellung aus,
Fuhr die Fraktion auf 'nem Zweirad nach Haus.

Allerlei Wissenswertes.

Ein Held.
Ein ergreifendes Schauspiel heroischer Selbstaufopferung eines Bahnbeamten wird der Chikagoer Zeitung „Westen und Dahlein“ aus Mexiko berichtet: Im Bahnhof von Nacosari war plötzlich ein Güterzug in Brand geraten. Das Feuer hatte so schnell um sich gegriffen, daß es unmöglich war, der Zerstörung Einhalt zu gebieten. Der Lokomotivführer Garola wußte, daß sich in dem Zuge zwei Wagen mit Dynamit befanden, die für Sprengungen verwendet werden sollten. Es war zu spät, die Wagen abzukoppeln. Garola rief den Beamten zu, den Zug zu verlassen. Mit Vollstampf brauste er dann mit dem brennenden Zuge zur Stadt hinaus, um so die Katastrophe von ihr abzuwenden. Nach einigen Minuten Fahrt, unglücklicherweise vor dem Streckenhaus, in dem zwölf Menschen weilten, kam es zur Explosion. Die Lokomotive mit ihrem Führer, Wagen und Streckenhaus, die zwölf Leute und ein junger Amerikaner, der in der Nähe spazierenritt, wurden zu Atomen zerrissen. Ein acht Meter tiefes Loch im Erdboden bezeichnet die elementare Wucht des entsetzlichen Geschehnisses. Und dem Helden, der durch seine Aufopferung eine ganze Stadt rettete, der offenen Augen entschlossen dem sicheren Tode entgegengegangen, konnte nicht einmal ein Grab geschaffen werden. Kein Körperrest wurde gefunden, so erbarungslos hatte das Dynamit sein Werk getan. Die Bevölkerung Nacosaris hat eine Sammlung eingeleitet, um dem Retter der Stadt ein Denkmal zu setzen.

Humoristisches.

Auf der Staatsamtsstube. „De Friedriksbause Herr Ganzleirat, is doch äne schone Einrichtung — da is man doch wenigstens ämal beschäftigt.“
Eine Schriftstellerecke. „Wie war ich als Mädchen so lebensfroh und heter, und was hast Du aus mir gemacht?“ — „Vier Romane und siebzehn Novellen.“

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 16. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der rollende Stein. — Die Paager Konferenz. Von M. Pawlowitsch. — Die Änderung des Börsengesetzes. Von Ludwig Frank. — Die Viehsuchen und ihre Bekämpfung. Von Ph. Schredemann (Kassel). — Die gewerkschaftliche Aktion im Jahre 1906. Von Wilhelm Jansson. — Die Verteilung der Vermögen in England. Von K. — Literarische Rundschau: Umbreit, Paul, Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Von ad. Dr. med. H. Holtzner, Alkohol und Kind. Von E. W. Wilhelm Wlos, Vater Ambrosius. Von F. M. — Zeitschriften-schau. Das Ergänzungsheft Nr. 1, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält Nationalität und Internationalität. Von Karl Rautsky. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Sozialistischen Monatsheften“, Herausgeber Dr. J. Bloch, (Administration: Berlin W., Potsdamerstraße 121 h), die jetzt bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, ist soeben das 2. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Wolfgang Heine, M. d. R.: Der Kampf um die preussische Wahlrechtsreform. — Max Schippel: Tropenerziehung und europäische Wirtschaftsentwicklung. — Edwards Reynolds Rease: Der Sozialismus und die Mittelklassen. — Richard Wolter: Unsere Stellung zur Privatbeamtenbewegung. — Mathilde Moray: Der Zeichner Karl Waller. — Gustav Esmann: Der Arzt. — Manuel Ugarte: Die Westigen Amerikas. — August Winig: Die Demokratie in der Arbeiterbewegung. — Wirtschaft von R. Calwer. — Politik von M. Schippel. — Sozialpolitik von R. Schmidt. — Kommunalpolitik von Dr. P. Lindemann. — Rechtspraxis von W. Heine. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Sozialgeschichte von W. Kampffmeyer. — Dichtkunst von M. Hochdorf. — Buchbesprechungen. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfennig, pro Quartal (6—7 Hefte) 3 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolporteurs, in den Kiosken, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamerstr. 121 h, Berlin W. 85. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

Die erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agitieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Schmilch in Lübeck.